

Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Menschenrechte in Mexiko und deutsche Politik – Massaker in Chiapas interessieren die Bundesregierung nicht **S. 10**



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

<i>Aktuell in Bonn</i>	2
Anklage gegen „Werwolf-Aktivitäten“	3
Krisenzeichen aus Fernost	4
Anhörung für RAF-Gefangene ...	5
Bonn blockiert „Zukunftsfonds“ ..	5
Bundesweite Petition „Aufhebung des PKK-Verbots“ gestartet	6

Auslandsberichterstattung

Die ERNK zur Krise EU-Türkei ..	8
Sri Lanka: Tamilischer Befreiungskampf geht unter Opfern weiter ..	8
Serbien: LIT in der FAZ	9
Baskenland: ETA-Anschlag contra Massenmobilisierung	9
Brasilien: Landlosenbewegung gegen Cardoso	10
Meldungen	11

Regionales West und Ost

<i>Lokaler Widerstand</i>	12
Hessen: Kappel (Ex-FDP) gründet „Offensive“ nach rechts	13
Frankfurt: Flughafen-erweiterung	13
Köln: Bildungsklausur – nein danke!	14
Essen: Krankenhausnotopfer stößt auf Widerstand	14
Bayern: Flüchtlingsrat gegen Abschiebung von Kosovo-Albanern ..	15
Sachsen-Anhalt: Die PDS und ihre Sünden	15
Mecklenburg-Vorpommern: Für einen Politikwechsel	16
<i>O-Ton</i>	16
<i>Kommunale Politik</i>	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

<i>Was war?</i>	18
ÖTV: Tarifrunde 1998, der Beschluß der Tarifkommission ...	19
Aktion gegen Stadthaushalt	19
IG BCE: Konflikt in der Tarifkommission	20
ABB: Streik gegen Maßregelung ..	21
Kodak: Gegen Entlassungen	21

Diskussion und Dokumentation

Reaktionäre Politik schürt Angst vor Verbrechen	22
<i>In und bei der PDS</i>	24
Baskische Gewerkschafter in Hannover	25

Letzte Seiten

Besprechung: Windkraft: Chance oder Irrweg?	27
---	----

Termine	28
----------------------	----

IN BONN LAUSCHANGRIFF:

AKTUELL Nach den Abstimmungen im Bundesrat und Bundestag wird der Lauschangriff jetzt in Kraft treten. Artikel 13 GG („Die Wohnung ist unverletzlich“) ist damit erheblich eingeschränkt. Bei Verdacht auf „besonders schweren Straftaten“ dürfen künftig auch Privatwohnungen akustisch überwacht werden. Bisher war das nur zur Vorbeugung gegen drohende schwere Straftaten erlaubt. Geschützte Berufsgruppen (§53 StPO) dürfen nicht abgehört werden: Geistliche, Strafverteidiger, Abgeordnete, Anwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, vereidigte Buchprüfer, Steuerberater und -bevollmächtigte, Ärzte, Zahnärzte, Apotheker, Hebammen, Journalisten, Mitglieder anerkannter Beratungsstellen (z.B. Schwangerschaftsberatung). Zur „Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit“ oder bei Lebensgefahr aber darf überall abgehört werden. Gleichzeitig treten schärfere Vorschriften gegen „Geldwäsche“ in Kraft.

NS-VERBRECHER / RENTEN: Nachdem seit 21.1. eine Änderung des Bundesversorgungsgesetzes in Kraft ist, die (53 Jahre nach Kriegsende!) vorsieht, daß Leistungen nicht erfolgen, wenn eine Beteiligung an NS-Verbrechen nachgewiesen ist, hat Minister Blüm eine Überprüfung der 996.000 Kriegsofferrenten angeordnet. Sofern Rentenbezieher gefunden werden, die an NS-Verbrechen beteiligt waren, soll ihnen die Rente gestrichen werden. Zuerst, so Blüm, würden die 437.000 noch lebenden Verwehrten geprüft, danach die Verwandten von Kriegsoffern, die noch Leistungen beziehen. Insbesondere die Bonner Zahlungen an frühere SS-Angehörige in Osteuropa bei gleichzeitiger Verweigerung z.B. jeder Entschädigung von Zwangsarbeitern und NS-Opfern im Ausland waren in letzter Zeit wiederholt kritisiert worden.

AKTIENSPEKULATION / RENTEN: Nachdem am 9. März auch der Bundesrat das „Finanzmarktförderungsgesetz“ gebilligt hat, will die Finanzbranche sofort eine große Anzeigenkampagne starten. Es geht um ein „Megageschäft mit der Altersvorsorge“ (*Handelsblatt*, 11.3.). Sog. „Altersvorsorge-Sondervermögen“ wollen mit Rentenfonds auf Aktienbasis den Lebensversicherungen den Markt streitig machen. Die ständig weiterbetriebene Verunsicherung über die Zukunft der gesetzlichen Rentenversicherung hat offenbar ganze Arbeit geleistet. „Experten taxieren das deutsche Marktpotential für Altersvorsorgeprodukte auf 2,6 Billionen Mark“. Herkömmliche private Lebensversicherungen garantieren wenigstens eine geringe Verzinsung – der Rest ist Risiko. Die jetzt erlaubten Rentenfonds dagegen garantieren gar nichts mehr – locken dafür aber mit Teilhabe am Kursanstieg der Aktien. Renten auf Aktienbasis seien in den USA schon weit-

verbreitet. Nun soll „Shareholder-Value“ im Alter auch in der BRD einziehen – die rotgrüne Zustimmung im Bundesrat hat's möglich gemacht.

DAIMLER/STEUERN: Mit einer spektakulären „Schütt-aus-hol-zurück“-Aktion lenkt der Daimler-Benz Konzern erneut die Diskussion auf das Thema Konzerne und Steuerzahlung. Der Konzern, der seit Jahren praktisch keine Steuern mehr zahlt (u.a. wegen „Verlustvorträgen“), will 10,3 Milliarden DM an seine Aktionäre auszahlen. 7,4 Mrd. DM davon seien „Gewinnrücklagen“ aus den 80er Jahren, 2,9 Mrd. DM kommen hinzu als „Steuerrückzahlung“ der Finanzbehörden, weil neue Bewertungsvorschriften für solche Rücklagen in Kraft treten. Diese 2,9 Mrd. DM sollen über die spektakuläre Aktion bei den Aktionären landen, die 7,4 Mrd. DM will sich Daimler durch Ausgabe neuer Aktien wieder zurückholen. Waigel hat kein Geld? Doch, 2,9 Mrd. DM allein für arme Daimler-Aktionäre!

„LEBENSRAUM“ / STAATSBÜRGERSCHAFT: Wutschnaubende Reaktionen in Bonn hat der türkische Ministerpräsident Yilmaz mit seinen Äußerungen über die deutsche Ostexpansion in der *Financial Times* vom 6. März ausgelöst. Yilmaz, der die deutsche Politik als enger Verbündeter genau kennt, hatte u.a. erklärt, die Ostorientierung der Bundesregierung erinnere an die Lebensraumstrategie der Nazis. Zwei Tage später bestätigte er in der Zeitung „Hürriyet“: er sei korrekt wiedergegeben, aber überbewertet worden. Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU im Bundestag, Lamers, tobte: „Wer so rede, habe die tiefgreifenden Veränderungen in Europa weg vom Nationalismus und Chauvinismus nicht verstanden“. Das Auswärtige Amt Kinkels sprach von einer „unentschuld-baren Verleumdung der deutschen Politik“. Zeitgleich damit beschlossen CDU/CSU und FDP im Bundestag, das völkisch-großdeutsche „Blutsrecht“ im Staatsbürgerschaftsrecht nicht anzutasten. Sowohl die Verweigerung staatsbürgerlicher Rechte an alle Einwanderer in der BRD wie die Rekrutierung sog. „Blutsdeutscher“ im Ausland bei der Rekolonisierung des Ostens bleiben damit unverändert in Kraft.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 26. März berät der Bundestag über den Jahreswirtschaftsbericht und die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, über die Castor-Transporte, in erster Lesung über den umstrittenen Gesetzentwurf des Bundesrats zur Streichung der Sozialhilfe für viele Asylbewerber, über die Recht-schreibreform sowie über einen PDS-Antrag zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes und Abbau von Überstunden. Am 27. März steht dann die NATO-Osterweiterung und das „Immunitätsprotokoll“ für Europol-Bedienstete auf der Tagesordnung des Bundestags.

„Bis hierher und nicht weiter – wir mischen uns ein!“

Bochumer Ratschlag für bundesweite Demo am 20.6. in Berlin

Mehr als 500 Menschen nahmen am 7.3.98 an dem vom Initiativkreis „Erfurter Erklärung“ organisierten Bochumer Ratschlag teil. Dabei waren die unterschiedlichsten Kräfte und Initiativen.

Von Ulla Lötzer

Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Studentinnen und Studenten, Schülerinnen und Schüler, Jugendbündnisse, Initiativen der „Erfurter Erklärung“, kirchliche Organisationen, antirassistische Gruppen und welche der Friedensbewegung, der Frauenbewegung, sie alle waren der Einladung gefolgt. Das allein stellt schon einen großen Erfolg des Bochumer Ratschlags dar, hat es doch in den letzten Jahren keinen so großen Kongreß in einem solchen Bündnis gegeben.

Der Ratschlag zeigte aber auch deutlich, daß das Interesse an gemeinsamer Diskussion und gemeinsamem Handeln der Kräfte der demokratischen Opposition sehr groß ist. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, daß für die Ziele einer neuen Politik ein gesellschaftlicher Aufbruch einer außerparlamentarischen Opposition notwendige Voraussetzung ist. Um diesen Zielen auch im Wahlkampf Gehör zu verschaffen, brauchen wir ein gemeinsames Vorgehen. „Kohl muß weg“ reicht uns nicht, wir brauchen nicht nur den Austausch von Personen, sondern ein Bündnis, daß „der parlamentarischen Politik die Erneuerung von Grund auf aberlangt“, hieß es in einem Vorschlag für einen gemeinsamen Aufruf und diese Bewegung muß weit über die Wahl hinausgehen.

Der Ratschlag selbst sollte Teil davon sein. Im ersten Teil stellten verschiedene Kräfte dieses Bündnisses ihre Vorstellungen, Erfahrungen und Positionen vor. Bewegungen stellten sich vor, dabei: Ange-

lika Beier für die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen, Felix Stumpf für die studentische Bewegung, Probst. Dr. Heino Falcke und Prof. Dr. Ulrich Duchrow für die Erfurter Erstunterzeichner und Dieter Lattmann, der insbesondere die Brücke zwischen den Kräften aus Ost und West thematisierte. Als besondere Gäste nahm eine Vertreterin des nationalen Komitees der CGT-Arbeitsloseninitiativen aus Frankreich mit einem Grußwort an der einleitenden Diskussion teil.

Im zweiten Teil des Ratschlags wurden Grundfragen für die Vorbereitung einer bundesweiten Demonstration diskutiert und eine Beschlußfassung dazu herbeigeführt. In diesem Teil erreichte der Ratschlag eine neue Qualität insofern, daß ein Aktionsbündnis der unterschiedlichen Kräfte, die auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer geschickt hatten, zum Träger der gemeinsamen Demonstration wurde. Die politische Vorbereitung soll in einem Koordinierungskreis erfolgen, an dem die Erstunterzeichner und Erstunterzeichnerinnen der „Erfurter Erklärung“ wie auch Vertreter der Initiativen, die Student/innen und Schüler/innen, DGB-Organisationen und die Gewerkschaft Holz und Kunststoff, kirchliche Kreise, das Kuratorium ostdeutscher Verbände, die VVN-BdA, Arbeitsloseninitiativen, Frauen- und Friedensbewegung teilnehmen.

Mit großer Mehrheit entschied sich die Konferenz für Berlin als Ort der gemeinsamen Demonstration. Die Entscheidung über den Zeitpunkt wurde zum Konflikt, der mit einer ca. 70%-igen Mehrheit für den 20.6.1998 endete. In einem dritten Teil wurde die Beratung in Arbeitsgrup-

pen fortgesetzt. Sie hatten im wesentlichen die Zielsetzung, die Vorbereitung und Mobilisierung zur Demonstration zu diskutieren. Dabei sollten auch einzelne Bewegungen ihre Aktionen, Forderungen und ihre Entwicklung vorstellen können, um auch in der Breite des Bündnisses ein Stück zu gemeinsamen Anforderungen an eine „neue Politik“ zu kommen.

Im letzten Teil des Ratschlag ging es um den gemeinsamen Aufruf für eine Demonstration. Der Entwurf der Erstunterzeichnerinnen und -unterzeichner der „Erfurter Erklärung“ wurde als Basis der Diskussion angenommen und ergänzt. Schwerpunkte der Ergänzungen waren neben vielen Einzelthemen vor allem Fragen des Antirassismus und Antimilitarismus. Die Änderungs- und Ergänzungsanforderungen wurden von einer Redaktion aufgenommen, die für den Koordinierungsrat eine geänderte Fassung vorbereiten wird.

Das Bündnis stellt ein Dach für eine außerparlamentarische Bewegung dar. Neben dem gemeinsamen Aufruf werden alle Teile auch mit eigenen Beiträgen für die Demonstration mobilisieren. Darüber hinaus wird die Diskussion um eine Konkretisierung gemeinsamer Auffassungen zu den Anforderungen an eine „neue Politik“ ein weiterer Schwerpunkt sein, die aber sicherlich über die Wahl hinausgehen wird.

Welche Rolle die PDS dabei spielt, inwieweit sie zur Klärung der inhaltlichen Anforderungen und zur Mobilisierung für die Demonstration beiträgt, wie auch dazu, daß die Opposition auch eine parlamentarische Vertretung braucht, hängt von der PDS selbst ab, nicht von der Bewegung. •

Aufruf zur Großdemonstration am 20. Juni '98 in Berlin

Entwurf anhand der Änderungsanträge überarbeitete Fassung. Die endg. Fassung entscheidet das Aktionsbündnis)

Es kommt etwas Bewegung in Deutschland. (...) Wir fordern:

● Neue, gerechte Verteilung der Arbeit

Durch weitere Arbeitszeitverkürzung bei angemessenem Lohnausgleich muß der technische Fortschritt den Beschäftigten und Arbeitslosen zugute kommen. Neue Arbeit muß geschaffen werden, die gesellschaftlichem Nutzen und ökologischer Nachhaltigkeit verpflichtet ist. Die Agrarpolitik muß bäuerliche Landwirtschaft schützen. Aktive Beschäftigungspolitik ist auch ohne Wirtschaftswachstum möglich.

● Soziale und ökologische Steuerreform

Die Steuerpolitik muß dem sozialen Ausgleich und dem ökologischen Umbau der Wirtschaft dienen. Steuerflucht des Kapitals und gegenseitiges Steuerrumpfen der Regierungen müssen durch nationale und internationale Politik bekämpft werden. Bedarfsorientierte soziale

Sicherung setzt voraus, daß die großen Vermögen sozialpflichtig gemacht werden und das Solidaritätsprinzip gestärkt wird.

● Gleiche Bildungschancen

Weil Bildung kein Privileg der Reichen werden darf, müssen nach jahrelangem Finanzabbau die Mittel für Ausbildungsförderung erhöht werden, Firmen dürfen sich nicht vor Ausbildungspflichten drücken. Kürzung der Studienzeiten und eine Einführung von Studiengeldern lehnen wir als Lösung ab.

● Demokratie

Wir brauchen eine Zivilgesellschaft der Vielfalt, antifaschistisch und tolerant, in der alle gleichberechtigt an Demokratie teilhaben. Nicht länger dürfen acht Millionen Menschen, nur weil sie keinen deutschen Paß haben, von den Bürgerrechten ausgeschlossen bleiben. Wer in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat, muß politisch mitreden und mitentscheiden dürfen.

● Friedenspolitik und Weltwirtschaftsordnung

Für die Bewahrung des Friedens brauchen wir

keinen Eurofighter. Aus der Bundeswehr darf keine offensive Truppe gemacht werden, die für wirtschaftliche Interessen weltweit eingesetzt werden kann. Weil durch die Globalisierung von Finanzmärkten und Konzernen die nationalstaatlichen Instrumente der Währungs-, Zins- und Haushaltspolitik betroffen sind, werden internationale Vereinbarungen über eine sozial und ökologisch orientierte Weltwirtschaftsordnung um so dringlicher. Das schließt Fragen nach den neuen Bedingungen für Frieden ein. (...)

Das sind Aufgaben über den Wahltag hinaus – Aufgaben, die alle unsere Kräfte erfordern. Eine neue Politik, die Arbeit und soziale Gerechtigkeit schafft, läßt sich nicht allein mit einem Kreuzchen auf dem Stimmzettel herbeiführen. Sie braucht Antrieb durch eine starke und widerstandsfähige außerparlamentarische Bewegung, die auf das parteipolitische Spannungsfeld von SPD, Bündnis 90 / Die Grünen und PDS für einen Politikwechsel einwirkt. ...

(aus Patzgründen erheblich gekürzt)

Grün wird (noch) nicht verwechselt!

Von Christian Simmert

„Im ökologisch, sozial und emanzipatorisch orientierten ‚Reformlager‘ der Gesellschaft ist grundsätzlich Konsens: Die liberalkonservative Koalition, die seit 18 Jahren Deutschland unsicher macht (...) muß weg. Sie muß abgelöst werden durch Rot-Grün, damit der buchstäblich NOTwendige grundlegende Politikwechsel stattfinden kann. Dennoch zweifeln Viele daran, daß der Sieg über die amtierende Koalition tatsächlich gelingt. Und ebenso fragen sich Viele nicht ohne Grund, ob Rot-Grün nicht beim bloßen Regierungswechsel steckenbleiben wird, ob der soziale, ökologische und emanzipatorische Politikwechsel ‘von oben’ tatsächlich zu erwarten ist. Um die Chancen zu verbessern, die Koalition von Kapital und Kabinett tatsächlich zu beenden und den Politikwechsel tatsächlich durchzusetzen, hilft nur eins: Einmischung von unten!“

Daniel Kreutz, grüner Landtagsabgeordneter aus NRW, hat vor dem Magdeburger Bundesparteitag in seinem Papier „Initiativen ‘Rot-Grün von unten’ organisieren! Ein Vorschlag zur Demokratisierung des Bundestagswahlkampfes“ genau das skizziert, was 275 grüne Delegierte bewegt hat, Sfor-Einsätze mit deutscher Beteiligung nicht ins grüne Wahlprogramm zu stimmen – Einmischung von unten!

Eine Stimme für den „Frieden“

Das grüne Wahlprogramm vermeintlich regierungstauglich zu stimmen, war die Intention der Parteitage-regie, nicht nur in Sachen „Peace-Keeping“. Die zum Beispiel vom grün-alternativen Jugendbündnis (GAJB) – Bundesjugendverband der Grünen – eingebrachten „legalize it“-Anträge zur Drogenpolitik, schmeckten den Chef-Strategen genauso wenig, wie zu viel Wachstumskritik im Programm und wurden größtenteils abgelehnt.

Die denkbar knappe Abstimmung gegen null Uhr im „Nachtprogramm zur Außenpolitischen Debatte“ hingegen macht deutlich, wie die Partei-Arithme-

tik mittlerweile gestrickt ist: Die Flügel diskutieren „Kompromisse“, die in der Partei keine breite Mehrheit finden! Kerstin Müller, Fraktionsvorsitzende der grünen Bundestagsfraktion, bezeichnete es als „Kommunikationsproblem“, daß die Basis nicht auf Flügelkurs ging, und Gunda Röstel ließ sich gar dazu hinreißen, der eigenen Partei in den Rücken zu fallen: „Eine Steilvorlage für den politischen Gegner“, kommentierte die Bundesvorstandssprecherin das Ergebnis der Peace-Keeping-Abstimmung.

Ein Stimme für den „Frieden“ hat dafür gesorgt, daß die Grünen in ihrem Wahlprogramm mehr eigenes Profil zeigen und daß die grüne Basis nicht bereit ist, mit einem vorgezogenen rot-grünen Koalitionsvertrag in den Wahlkampf zu ziehen. Die Mehrzahl der Delegierten war nicht das staunende Publikum in der Aufführung „Programm 98“, sondern schrieb das Stück – ein Stückchen – während der Uraufführung um. Leider wird sich der hauchdünne Pazifismus nicht auf das Abstimmungsverhalten der grünen Bundestagsfraktion auswirken. Dort werden auch die grünen Abgeordneten letztendlich nur ihrem Gewissen verantwortlich sein, wenn es im April um die Nato-Ost-Erweiterung oder im Sommer um die Verlängerung des Sfor-Mandates geht.

Kommunikationsprobleme oder Transportschwierigkeiten der Ergebnisse von rot-grünen Koalitionsverhandlungen im Herbst wird sich die grüne Verhandlungskommission angesichts des engen Zeitkorsetts von drei Wochen nicht leisten können. Aus der knappen außenpolitischen Abstimmungsniederlage von Magdeburg sollten vor allem Partei- und Fraktionsvorstand lernen, nicht nur Strategien auszutüfteln, um Automann Schröder über den Tisch zu ziehen, sondern vor allem auch Kompromisse oder Reförmchen rechtzeitig und ehrlich an die grüne Basis zu transportieren. Weder die Strategie noch die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen in NRW sollten Schule machen!

Kein rot-grünes, sondern grünes Profil

Die Grünen haben sich auf dem Parteitag nicht über Nacht zur „normalen“ Partei gemausert – auch wenn einige KollegInnen das gerne so hätten. Zugegeben – der Parteitag war alles andere als ein Startschuß der alternativen Öko-Partei, wie wir sie noch ohne „Ü“ kannten! Das Design mag bei Wahlen ein Rolle spielen, entscheidend sind jedoch immer noch die Inhalte, um eine Partei politisch zu verorten. Und da können die Grünen bisher (noch) nicht verwechselt werden!

Die klare Position zur Ökologisch-Sozialen Steuerreform und vor allem zur

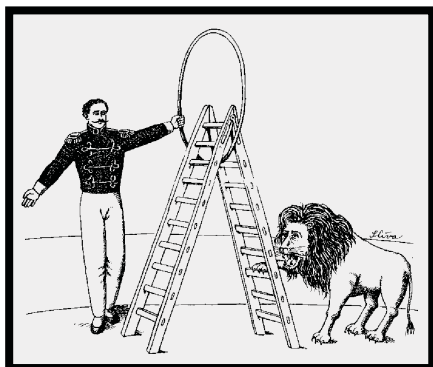
Mineralölsteuererhöhung zeigt, daß Grüne kein rot-grünes, sondern ein grünes Profil wollen und brauchen. Die Forderung nach der Ausbildungsplatzumlagefinanzierung, die in erster Linie aus dem Hessischen Landesverband gekippt werden sollte, hat sich gegen Ausbildungs-Nonsens-Modelle wie in NRW durchgesetzt. Der Bundesparteitag hat deutlich gezeigt, daß die grüne Metamorphose noch nicht auf Alt-Parteien-Niveau ist. Die über 700 Anträge und leidenschaftlichen Debatten zeigen klar, daß Bündnis 90/Die Grünen noch lange kein „Wahlverein“ wie CDU oder SPD sind. Es wird konstruktiv gestritten und nicht nur die „Patschehändchen“ zum Leitantrag gehoben. Die grüne Beschlußlage ist deutlich: Streichung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes, Auflösung der Geheimdienste oder Abrüstung der Bundeswehr und Abschaffung der Zwangsdienste. In Magdeburg haben wir uns nicht dazu hinreißen lassen, Joschka die Krone aufzusetzen und mit der Sänfte ins Außenministerium zu tragen. Statt dessen heißt es: „Die Schwarzen haben Kohl, die Sozis den Schröder und die Grünen – 5 Mark!“

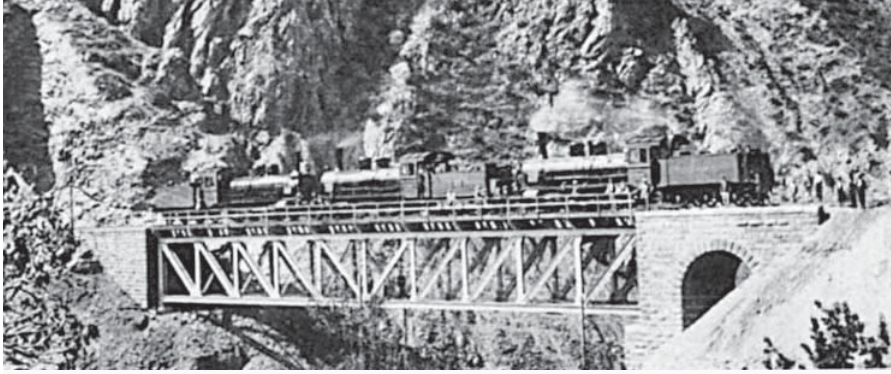
Programmatisch klar, aber was bleibt übrig?

Die Erfahrungen der rot-grünen Landesregierungen und deren Ergebnisse zeigen, daß die grüne Farbe sich in der Regel auf einige Tupfer im Regierungsgeschäft beschränken oder nur in Randbereichen der Politik wieder zu finden sind.

Zurecht schreibt Daniel Kreutz im eingangs zitierten Papier unter der Überschrift „Reformdruck von unten organisieren!“, daß Rot-Grün sich nur dann gegen „schwarz-gelbe Opposition und die Mächtigen in den Vorstandsetagen von Konzernen und Banken durchsetzen kann“, wenn es gelingt gesellschaftliche Kräfte für „Rot-Grün von unten“ zu mobilisieren. Grüne werden den Tanker SPD aber auch nur dann auf Refomkurs loten, wenn wir erstens gestärkt aus den Wahlen am 27. September hervorgehen und zweitens der gesellschaftliche Druck auf die Grünen und die Sozialdemokraten zunimmt. Nur mit alternativem Reformdruck kann es einen „Politikwechsel und nicht bloß einen Sesseltausch“ geben, wie Bundesvorstandssprecher Jürgen Trittin dies in Magdeburg die Partei wissen ließ. Ist nur die Frage, an welchem Punkt sich Politikwechsel vom Sesseltausch unterscheidet und wer darüber die Definitionsmacht besitzt?

Der Autor ist Landesvorstandsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen NRW und BT-Kandidat auf Platz 10 der NRW-Landesreserveliste. Der 25jährige gelernte Werbeassistent lebt in Telgte bei Münster.





Einweihung eines Teilabschnitts des Orientexpress, der sogenannte „Leitungsdraht des Fortschritts“. Die durchgehende Eisenbahnverbindung von Wien nach Istanbul war ein besonderes Objekt internationaler Spekulanten. Die Durchsetzung eines gesicherten europäischen Warenverkehrs war für die Kapitalisten Grund genug, immer wieder die Widersprüche auf dem Balkan aufzumischen. Die Linie des Orientexpress führte über Belgrad und Sofia nach Istanbul und hatte eine Seitenlinie, die über Thessaloniki nach Athen führte, durch den Kosovo. (Quelle: M. Weithmann, Balkan Chronik, Wien, 1995)

Die EU-Außenminister bemühen zur Lösung des Konflikts die sozialistische Verfassung des früheren Jugoslawien

Einige historische Hintergründe des Kosovo-Konflikts

Je länger und je gewalttätiger Menschen unter staatlicher Unterdrückung leiden, je heftiger werden die Ausbruchsversuche aus dem Gefängnis. Wenn diese Versuche aber immer wieder zerschlagen werden, werden die Methoden des Ausbruchs mit der Zeit immer irrationaler und verzweifelter und die Hoffnung auf Rettung durch andere nimmt merkwürdige Züge an. Diese Situation prägt zur Zeit die Lage in Kosovo.

Ein wenig klarer werden die Dinge, wenn man sich die Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte anschaut, die diese Region seit einigen Jahrzehnten bestimmen. Besonders wichtig scheint mir die Darstellung der Diskussion im sozialistischen Zusammenhang, wie er nach der Befreiung des Balkan von deutschen und italienischen Truppen begann. Es ist ja immerhin interessant, daß sich die EU offenbar darauf verständigt hat, von der jetzigen jugoslawischen Regierung zu verlangen, den Kosovo wieder in den Status zu versetzen, den er im Sozialistischen Jugoslawien hatte.

Nach dem ersten Weltkrieg zum „Südslawischen Königreich“ geschlagen

Das Kosovogebiet wurde nach den Balkankriegen 1912-1913 aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches durch internationale Verträge der Regierung des ab 1918 so bezeichneten „südslawischen Königreiches“ zugesprochen. Die Menschen in diesem Gebiet bezeichneten sich mehrheitlich als Albaner und gehörten der muslimischen Glaubensrichtung an. Die serbische Regierung vertrat aber

die Auffassung, daß der Kosovo Gründungsgebiet der serbischen Nation sei und daher es nicht angehe, daß dieses Gebiet mehrheitlich durch Albaner bewohnt wird. Von Anbeginn wurde durch die Methode der Auswanderung und Kolonisation versucht, diesen Zustand zu ändern. In Belgrad fanden 1937 im „Serbischen Kulturclub“ Diskussionen zwischen Vertretern der Regierung, des Generalstabs und Wissenschaftlern statt, um eine Lösung der Albanerfrage im Kosovo zu finden, weil alle bisherigen Maßnahmen nach Auffassung der nationalistischen Serben fehlschlügen.

Der Vorschlag des Vaso Cubrilovic

Der Historiker und spätere Minister Vaso Cubrilovic unterbreitete am 7. März 1937 ein Memorandum⁽¹⁾, das sich mit dem Albanerproblem beschäftigte. Seine Forderung: Das Albanerproblem könne nur durch Massenvertreibung gelöst werden. Die Regierung müsse dabei brutal vorgehen. Man sollte zunächst versuchen, den muslimischen Klerus und einflussreiche Albaner durch Geld oder Drohungen für die Umsiedlung zu gewinnen. Wenn das nicht gelänge, solle man Polizeiterror anwenden.

Umgesiedelt werden sollten vor allem die Bewohner der Grenzdistrikte, besonders die Bauern. Man sollte nicht in den Fehler verfallen, nur die Armen zu vertreiben, denn das Rückgrat eines jeden Volkes seien die mittleren und reichen Schichten.

Zwischen der serbischen und der türkischen Regierung wurde daraufhin ein

Abkommen geschlossen, das eine Umsiedlung von „türkischen Familien“ aus dem Kosovo bis 1944 festlegte. In einem geheimen Zusatzprotokoll wurde ausdrücklich bestätigt, daß diese Vereinbarung nicht nur für die türkische, sondern auch für die gesamte muslimische albanische Bevölkerung gelte.

Durch eine großangelegte „slawische Kolonisation“ sollte dann der ethnische Umwandlungsprozeß des Gebietes vollzogen werden. Als Kolonistenland standen der enteignete Großgrundbesitz der albanischen Aussiedler zur Verfügung. Diese Gebiete in den Ebenen war fruchtbares Land, was neben den reichen Erzvorkommen die Begehrlichkeit für dieses Gebiet damals erklärte.

Die Methoden, die die serbische Regierung zur Umsetzung des Projektes anwandte, waren entsprechend brutal, so daß die Nachwirkungen bis heute zu spüren sind, zumal die nachsozialistischen serbischen Regierungen mit einer ähnlichen Begrifflichkeit über den Kosovo urteilen und handeln wie in den 20er und 30er Jahren. Damals wie heute war der Protest im Kosovo entsprechend heftig. Damals entwickelte sich die Kacak-Bewegung, bewaffnete Gruppen, die in Guerillamanier gegen die serbische Regierung kämpften und zum Teil mit der Methode der „befreiten Gebiete“ zumindest eine Zeitlang operieren konnten. Das Ziel der militanten und gemäßigte Kosovo-Albaner war der Anschluß an Albanien. Auch heute stützen sich die UCK-Gruppen, die im Kosovo operieren, auf diese Tradition.

Der zweite Weltkrieg und die Interessen der Großmächte an der Region ließen den Prozeß in eine andere Richtung laufen. Weder siegten die Albaner im Kosovo, noch konnte die serbische Regierung ihr Vertreibungsprogramm vollenden.

Das „Großalbanien“-Konzept der italienischen und deutschen Faschisten

Die italienischen Faschisten (unterstützt von Deutschland) versuchten, mit ihrem Großalbanienkonzept – der Vereinigung aller Albaner in einem Staat unter italienischer Protektion – eine mächtiges Bollwerk auf dem Balkan zu errichten, um dort eine dauerhafte dominante Position zu halten. England und Frankreich unterstützten die serbische Regierung, um dieses Großalbanien zu verhindern. Mit Unterstützung Belgrads ergriff 1924 Ahmed Zogu die Macht in Tirana und zerschlug alle Gruppen, die bisher im italienischen Sold standen. Er ernannte sich 1928 selbst zum König von Albanien.

Der Zweite Weltkrieg und die kriegesischen Handlungen auf dem Balkan wandelten das Bild. Italien setzte sein Konzept durch und schloß den größten Teil des Kosovo an Albanien an. Serbien wurde von deutscher Seite her zersstückelt. Kroatien als deutsches Protektorat und Groß-Albanien von der italienischen Seite her bestimmten die Politik auf dem Balkan. Große Teile der alba-

→ schen Bevölkerung stimmten dem italienischen Konzept zu.

Streit unter den Kommunisten

Es war daher für den von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (KPJ) geleiteten bewaffneten Widerstand gegen die deutschen und italienischen Besatzer immer äußerst schwer, im Kosovo eine größere Anhängerschaft zu gewinnen. Denn die Behandlung des Kosovoproblems war innerhalb der Kommunisten auf dem Balkan umstritten.

Am 1. und 2. August 1943 trafen sich Vertreter der kommunistischen albanischen „Nationalen Befreiungsbewegung“ mit der nationalistischen albanischen „Nationalen Front“ und beschlossen als strategisches Ziel die Schaffung eines ethnischen Albanien, d.h. die staatliche Vereinigung aller von Albaner bewohnten Gebiete. Das rief sofort die KPJ auf den Plan, unter deren Druck mußte die „Nationale Befreiungsbewegung“ auf der 2. Konferenz im September 1943 die Vereinbarung widerrufen.

Damit war der Konflikt aber nicht beigelegt, sondern erst angestoßen. Wenig später, vom 31. Dezember 1943 bis Januar 1944, traf sich in Bujan in Nordalbanien die 1. Konferenz des Nationalen Befreiungskomitees für den Kosovo und Metohia, an der 49 Delegierte, darunter 41 Albaner teilnahmen. Sie einigten sich auf folgende Erklärung: „Kosovo und Metohija bilden eine Region, in der die albanischen Einwohner überwiegen; diese wünschen wie eh und je mit Albanien vereinigt zu werden ... Der einzige Weg für die Albaner von Kosovo und Metohija, mit Albanien vereinigt zu werden, führt über den gemeinsamen Kampf mit den anderen Nationen Jugoslawiens gegen die Invasoren und ihre Streitkräfte, weil es der einzige Weg ist, die Freiheit zu gewinnen, wenn alle Völker einschließlich der Albaner in die Lage versetzt werden, ihr eigenes Schicksal zu wählen, mit dem Recht auf Selbstbestimmung, die Sezession eingeschlossen.“⁽²⁾

Die KPJ erhob gegen diesen Beschluß Einspruch. Nach dem Sieg gegen die Besatzung sollte das Problem im brüderlichen Einvernehmen geregelt werden. Eine 2. Konferenz der Nationalen Befreiungskomitees des Kosovo beschloß im Juli 1945, das Gebiet als autonome Region an Serbien anzuschließen. Interessant ist eine späte Bemerkung des albanischen KP-Vorsitzenden Enver Hodscha, der 1981 eine Aussage Titos wiedergab, die dieser 1946 gemacht haben soll⁽³⁾: „Kosovo und die anderen von Albanern bewohnten Gebiete gehören Albanien; wir werden sie ihm zurückgeben, doch jetzt noch nicht, denn jetzt dürfte die großserbische Reaktion dies kaum akzeptieren.“

Die Auseinandersetzung zwischen der großserbischen Reaktion in der KPJ und den föderalistischen Kräften prägt dann in der Folgezeit die Auseinandersetzung um das Kosovoproblem.

Eine Lösung nicht nur des Kosovopro-

blems, sondern auch der anderen Nationalitätenkonflikte bahnte sich aber an. Das Konzept einer Balkanföderation stieß auf große Zustimmung. Aber genau um dieses Konzept kam es zum Streit mit der sowjetischen Regierung, der mit dem bekannten Ergebnis einer Isolierung Jugoslawiens innerhalb der sozialistischen Staaten endete. Einer fatalen Entwicklung, machte es doch den positiven Ansatz der Vereinigung der Balkanvölker auf Grundlage der Gleichberechtigung zunichte. Die unmittelbare Folge des Streits war, daß die Albaner im Kosovo als Sezessionisten verfolgt wurden und ein Polizeiregime über den Kosovo erreicht wurde. Ein Erfolg für die nationalistischen Großserben in der KPJ.

Titos setzt Autonomiekonzept durch

Dies änderte sich erst mit der Absetzung des jugoslawischen Innenministers Rankovic. Die Fraktion um Tito setzte sich durch und es begann die schrittweise Umsetzung eines Autonomiekonzeptes im Kosovo. Höhepunkt war die 1974 verabschiedete Verfassung Jugoslawiens, die sich in der Präambel direkt auf die Verfassungsentwürfe der Pariser Kommunalen bezog und einen sehr weitgehenden Staatenbund schuf. Für den Kosovo bedeutete diese Verfassung eine quasi Republikstatus mit fast allen Rechten bis auf das Recht der Lostrennung. Nach dem Tode Titos setzten sich aber die serbischen Nationalisten wieder durch und setzten eine Verfassungsänderung durch, die dann in der Folge den bekannten aktuellen Balkankonflikt mit verursachte.

EU-Strategie: Teile und herrsche

Wenn sich nun die EU-Außenminister und insbesondere der BRD-Außenminister Kinkel just auf die 1974er Verfassung berufen, so hat das eine interessante Variante. Immerhin wird anerkannt, daß eine Lösung der verzwickten Nationalitätenprobleme auf dem Balkan bisher nur mit sozialistischen Vorzeichen funktioniert hat. Aber hinter dem Kinkel-Vorschlag steckt auch ein strategischer Plan. Die EU-Außenminister wissen auch, daß die 74er Verfassung eine Stoßrichtung gegen serbischen Nationalismus (im übrigen auch gegen kroatischen Nationalismus) enthielt. Ihr scheinbares Eingehen auf eine solche Option ist deshalb vermutlich nur ein neuer Versuch, alle Kräfte, die in Serbien zur Isolierung des Regimes von Milosevic mobilisiert werden können, auch wirklich gegen dieses zu mobilisieren und so auf der serbischen Seite maximale Zwietracht zu säen. Zugleich soll der äußere Druck auf Belgrad anhalten. Das Ziel bleibt das gleiche wie seit Jahren: Sturz des Regimes von Milosevic und Kontrolle des Balkan durch die EU

.hav
1) V. Cubrilovic, Die Vertreibung der Albaner. Denkschrift, vorgelegt am 7. März 1937 in Belgrad. 2) J. Reuter, Die Albaner in Jugoslawien. München 1982. 3) Zeri i Popullit, (Zeitung der KP Albanien), 17.5.1981. Zit. nach: Der ruhelose Balkan, München, 1993

Yek-Kom berichtet:

FRAUENTAG

Trotz massiver Hindernisse und Übergriffen von Staatssicherheitskräften wurde in der Türkei und in Kurdistan der 8. März gefeiert. Der kurdische Dachverband in der BRD, YEK-KOM, berichtet in seinem „Bülteni“:

In Diyarbakir wurde an einer Barrikade entschlossener Widerstand geleistet. Auch an vielen anderen Orten ließen sich die Frauen trotz Angriffen der Polizei nicht einschüchtern. Eine Frauendelegation der Gewerkschaft KESK aus Istanbul, die in die Stadt Diyarbakir einreisen wollte, wurde in Siverek an der Weiterfahrt gehindert. Selbst eine Presseerklärung der KESK durfte nicht in die kurdische Stadt gebracht werden.

Eine Feierstunde zum 8. März im Freien, die in Kayseri von einer Plattform der Frauen von HADEP, EMEP, ÖDP und IHD geplant war, wurde nicht genehmigt. Daraufhin wurde die Feier mit ca. 2.000 Beteiligten in einen städtischen Hochzeitssaal verlegt. Auch dieser Plattform wurde es von der Polizei verboten, eine vorbereitete Presseerklärung abzugeben. Vertreterinnen der einzelnen Organisationen hielten Reden; es wurde Volksmusik gespielt und getanzt. Außerdem wurden politische Parolen gerufen: „Leyla Zana eingesperrt, Bandenmitglieder in Freiheit“, „Es lebe die Brüderlichkeit der Völker“, „Stoppt den Krieg, Frieden jetzt“ usw. Später versuchte die Polizei, die Vorsitzende der HADEP in Kayseri, Servet Gürbüz, mit der Begründung zu verhaften, es hätte „unter den Parolen auch verbotene Sätze gegeben“.

Auch in der Stadt Denizli wurde der Weltfrauentag mit Begeisterung gefeiert. Die dortige Plattform bestand aus HADEP, ÖDP, EMEP, DISK, KESK, IHD, Volkshaus, Kulturverein „Haci Bektas Veli“, dem Behindertenverein und einer Delegation von Studentinnen der Pamakkale-Universität. In Denizli hatten sich 3.000 Menschen versammelt.

Im Gazi-Viertel von Istanbul war der 8. März ebenfalls gefeiert worden. (...) Der HADEP-Vorstand erklärte, trotz aller massiven Hindernisse und Repressionen sei der 8. März als Frauentag gefeiert worden. Im Stadtteil Taksim in Istanbul seien mehrere Personen verletzt worden, die meisten von ihnen durch Tränengas.

Der Staat versuche wieder einmal, die Schuld für die undemokratische Haltung der Sicherheitskräfte auf die HADEP zu schieben. Wieder einmal sollten die Unterdrückten und Benachteiligten als schuldig dargestellt werden.

(YEK-KOM Bülteni, Quelle: Özgür Politika, 10.3.98 (Fotos: ebenda))

IN DER TÜRKEI UND KURDISTAN



12. März '98: Tausende demonstrieren im Istanbul Stadtteil Gazi Osman Pascha



Am 12. März demonstrierten in der Türkei Tausende von Menschen im Istanbul Stadtteil Gazi Osman Pascha, wo viele Aleviten leben. Drei Jahre zuvor waren hier 23 Aleviten von Faschisten und Polizeieinheiten ermordet worden. Die Demonstranten forderten, daß die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden. Am alevitischen Gebetshaus hing ein Spruchband mit der Aufschrift „Die Märtyrer sind unsterblich“. Es wurden Transparente getragen mit den Losungen: „Es lebe PKK, ERNK und ARGK“ und „Die Guerilla schlägt zu und errichtet Kurdistan“. Eine Delegation der Belgischen Arbeiterpartei unterstützte die Demonstration. (rub, Bild: Özgür Politika)

Südafrikas Wirtschaftspolitik will sich den internationalen Kapitalinteressen anpassen

Von Dagmar Gebhardt

In einer ersten Bestandsaufnahme über die Hinterlassenschaften des Apartheidregimes ging die südafrikanische Regierung Ende 1995 von 1,5 Millionen fehlenden Wohnungen aus. Darüber hinaus wurden 700.000 städtische Unterkünfte registriert, die dringend in bewohnbare Wohnungen umgebaut werden mußten. Weitere 450.000 Menschen lebten in einfachsten, überfüllten Wohnheimen, den Massenunterkünften, oft hinter Gitterzäunen, die das Apartheidregime den schwarzen Wanderarbeitern aus den Homelands zugewiesen hatte.

Die rassistische Apartheidregierung hatte den schwarzen Südafrikanern lediglich Aufenthaltsberechtigung in den sogenannten Homelands und in Stadtregionen in ausgegrenzten Townships und Wohnheimen zugestanden. 1991 wurde der dieser Segregation zugrunde liegende Group Area Act und der Population Registration Act abgeschafft. Mit Inkrafttreten der Übergangsverfassung 1994 löste man die Homelands auf. Um die über Jahrzehnte festgeschriebene und kontrollierte räumliche Ausgrenzung abzubauen, schuf die Regierung unter Nelson Mandela neue administrativ-

politische Einheiten: das Land wurde in neun Provinzen, die Städte und Stadtregionen in neue Stadtteile aufgeteilt. Die Grenzen zwischen den Stadtteilen verlaufen heute manchmal quer durch ein ehemaliges Township oder verbinden diese direkt mit ehemals nur weißen Südafrikanern vorbehaltenen Stadtteilen. Dies soll kurzfristig den Zugang für schwarze Südafrikaner zu öffentlichen Einrichtungen verbessern und örtliche Finanzmittel für Programme zur Verbesserung der Anlagen und Häuser in den ehemaligen Townships ermöglichen.

Dem Household Survey 1995 ist zu entnehmen, daß 86,8% der weißen Südafrikaner über ein Haus verfügen, 13% in Wohnungen und 2% in Wohnheimen wohnen, und somit alle Strom- und Wasseranschluß sowie Toiletten besitzen. Von den schwarzen Südafrikanern haben nur 30% eine entsprechende Unterkunft, wobei es sich hier um Einfachsthäuser oder überbelegten Wohnraum in Wohnheimen und Wohnungen handelt. Es wird geschätzt, daß weitere 30% in traditionellen Hütten und diversen Anbauten und Hinterhöfen leben.

Das Regierungsprogramm des ANC formulierte als eines der vorrangigen Ziele, angemessenen Wohnraum für die schwarzen Südafrikaner zu schaffen. Es

sollten innerhalb von fünf Jahren mindestens eine Million Wohnungen jährlich bis zu 350.000 Wohneinheiten geschaffen werden.

In der Regierungserklärung Anfang Februar dieses Jahres gab Ministerpräsident Nelson Mandela bekannt, daß bisher annähernd 400.000 Häuser fertiggestellt wurden bzw. sich im Bau befinden, daß jedoch das anvisierte Ziel von einer Million bereitgestellter Häuser in den ersten fünf Jahren nicht erreicht werde.

Heute wird der Wohnungsbedarf auf bis zu 3,5 Millionen geschätzt. Jedes Jahr wächst die Nachfrage aufgrund der hohen Zuwanderungsraten in die Städte zwischen 198.000 und 328.000. Die Zahl derjenigen, die in „squatter communities“ (selbsterrichteten Einfachsthütten auf besetztem Land) leben, wird auf zehn bis zwölf Millionen geschätzt. 21 Millionen Familien wohnen in Unterkünften ohne Wasser und sanitäre Anlagen.

Etwa die Hälfte der schwarzen Südafrikaner lebt in den Gebieten der ehemaligen Homelands, doch nimmt die Zuwanderung in die Städte auf der Suche nach Arbeit rasch zu. 1996 lebten in den Ballungsräumen der Städte Johannesburg und Pretoria sowie in den Regionen um Kapstadt und Durban knapp 30% der südafrikanischen Bevölkerung. Für die Zuwanderer heißt hier leben, sich eine Unterkunft auf unbebautem Gelände zusammenzustellen, sich in Kleinsthäuser einzumieten, oder einen Ein-Zimmer-Anbau an vorhandenen Einfachhäusern in den ehemaligen Townships vorzunehmen. Bereits zu Beginn der 90er Jahre wurde geschätzt, daß in der Witwatersrand-Region 46%, in der Region Durban 67% der schwarzafrikanischen Bevölkerung in solchen sog. „informellen Wohnstrukturen“ leben.

In den citynahan, unter dem Apartheidregime weißen Südafrikanern vorbehaltenen Wohngebieten stehen Wohnungen leer. Sie werden zum Teil von den Hausbesitzern zu Wucherpreisen vermietet und völlig überbelegt. In den ehemals „weißen“ Vorstädten kann man sich auch weiterhin Apartheid erkaufen, da sich die große Mehrheit der schwarzen Südafrikaner hier weder die Mieten noch gar einen Hauskauf leisten kann. Sicherheitsdienste machen hier gute Geschäfte. Es existieren bereits Pläne, ganze Viertel in „fortified villages“ umzubauen: Mehrere Einfamilienhäuser werden mit einer Mauer umgeben, da sie sich so besser bewachen lassen. (*The Star*, 24.7.1997).

Da der Wohnungsbau dem wachsenden Bedarf nicht nachkommen wird, bietet die Regierung finanzielle Unterstüt-

Mit der von Daimler-Chef Schrepf gegründeten „Initiative Südliches Afrika“ machte sich jüngst Bundespräsident Herzog auf Reise. In Namibia wurde er mit der Vergangenheit konfrontiert. Vertreter des Volkes der Herero verlangten eine Entschuldigung für die Massaker der deutschen Kolonialtruppen an ihrem Volk. Der oberste Häuptling aller Herero Kusima Riruko forderte eine Entschädigung für die Nachkommen der damals ermordeten

Herzog in Namibia: Keine Entschuldigung für Massaker an Hereros

70.000 Angehörigen seines Volkes. Eine Dokumentation über den Völkermord, bei dem fast 90% der Herero hinge- schlachtet worden, sei bei der Botschaft in Windhuk, an die Vereinten Nationen und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag übergeben worden. Die kaiserlich deutsch Koloniale Schutztruppe hatte 1904/1905 in Namibia den Schutz den Kaufmann Lüderitz übernommen, der mit Betrug und Gewalt den größten Teil Namibias in seinen Besitz nahm. Den Widerstand der Hereros gegen die

koloniale Enteignung wurde blutig niedergeschlagen. Der Befehlshaber der Kolonialen Schutztruppe General v. Trotha beschrieb seine Tätigkeit so: „Gewalt mit krassem Terrorismus und selbst Grausamkeit auszuüben, war und ist meine Politik. Ich vernichte die aufständischen Stämmen mit Strömen von Blut.“ Herzog antwortete auf diese Vor-

gang lapidar und unverschämt: „Wir sind uns natürlich bewußt, daß die Auseinandersetzung zwischen der deutschen Koloni-

alverwaltung und den Hereros nicht in Ordnung war.“ (zit. nach *Junge Welt*, 9.3.98). Das war's. Keine Entschuldigung, keine Entschädigung. Die Vertreter der Hereros wurden nicht einmal empfangen. Statt dessen viel Lob für die deutsche Minderheit in Namibia, die sich noch heute unter der alten Reichskriegsflagge zu versammeln zu pflegen, und die Forderung an die namibische Regierung, gefälligst die deutsche Sprache und die Rechte der Deutschen in Namibia stärker zu fördern. (hav)

zung beim Ausbau von Einfachstunterkünften (sanitären Anlagen) und beim Hausbau in Selbsthilfe, um die Wohnungsnot zu mindern und eine räumlich kontrollierte Besiedlung zu erreichen. In der Regel sind die Familien zusätzlich auf Bankkredite angewiesen, wofür sie jedoch ein regelmäßiges Einkommen nachweisen müssen.

Nach Berechnungen von SADEP werden 16 Bill. R (1 Rand entspricht ca. 0,40 DM) benötigt, um 1,2 Millionen Häuser zu finanzieren, die im Eigenbau und ohne sanitäre Einrichtungen errichtet werden. Im April beginnt das Haushaltsjahr 1998/99, dessen Budget gegenwärtig diskutiert wird. Der Haushaltsplan 1998/99 sieht Ausgaben von 186,7 Bill. R vor. Die Ausgaben des Staates steigen nominell. Berücksichtigt man jedoch die Inflationsrate, so werden die Ausgaben für soziale Programme real um 3 Bill. R zurückgehen. Die geplanten Ausgaben für den Wohnungsbau betragen vier Bill. R (2%). Hierin sind auch Gelder enthalten, die im vorigen Haushaltsjahr nicht ausgegeben wurden. Im Haushaltsjahr 1995/96 lag der Ausgabenanteil für Wohnungsbauunterstützung bei 3,4%, im Haushaltsjahr 1996/97 bei 0,8%.

Im Wohnungsbau wie auch bei den Sozialausgaben werden seit Inkrafttreten des Programmes GEAR (Growth, Employment and Redistribution) starke Kürzungen vorgenommen. Dieses setzt praktisch vorrangige Ziele und Prioritäten des mit der Übernahme der Regierung durch den ANC 1994 entwickelten Aufbauprogramms RDP (Reconstruction & Development Program) außer Kraft. So wird dort z.B. gefordert, daß mindestens 5% des Haushaltsvolumens dem Wohnungsbau zugewiesen werden sollen. GEAR entstand 1996 unter dem Druck der Industrienationen, die bereits mit Kapitalanlagen, allen voran deutsche Konzerne, in Südafrika vertreten sind und sich günstige Voraussetzungen für weitere Profitmaximierung schaffen wollen. Es handelt sich dabei um ein Strukturanpassungsprogramm nach dem Lehrbuch des IWF. Dem Wirtschaftswachstum wird oberste Priorität eingeräumt. In der Folge mögen sich dann Arbeitsplätze und sozialer Wohlstand entfalten. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und verstärkte privatwirtschaftliche Investitionsanreize sind Schwerpunkte dieses makroökonomischen Programmes. Finanzminister Trevor Manuel bot Südafrika so anlässlich einer Konferenz im Juni 1997 in Bonn vor Vertretern des BDI, des DIHT und der Initiative Südliches Afrika der Deutschen Wirtschaft als ein Land an, daß sich von einer nach innen gewandten Wirtschaft hin zu einer offeneren Wirtschaft mit internationaler Wettbewerbsfähigkeit entwickle. Dazu gehören Maßnahmen wie die Abschaffung der Devisenbeschränkungen, Senkung der Körperschaftssteuer von 48% auf 35%, Mehrwertsteuerfreiheit für den Export, Steuerfreiheit

von bis zu sechs Jahren für neue Unternehmen mit einem Investitionskapital von mehr als drei Mio. R.

Gemäß GEAR sollten in den Jahren 1996 und 1997 378.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. In 1998 sollten weitere 246.000 Arbeitsplätze hinzukommen. Tatsächlich sind seit Einführung von GEAR allein im Wirtschaftsbereich 113.000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Heute sind 4,2 Mio. Menschen arbeitslos und die Zahler derer, die von weniger als 301 Rand monatlich leben müssen, wird auf 21 Millionen geschätzt.

Kritik an diesem Kurs der Regierung regt sich, auch in Gewerkschaften und in der Kommunistischen Partei. Jedoch angesichts des Bündnisses der großen führenden Widerstands- und Gewerkschaftsorganisationen suchen viele Unterstützung bei Basis- und Nichtregierungsorganisationen und organisieren sich in Initiativen, um soziale, wirtschaftliche und arbeitsrechtliche Verbesserungen einzufordern.

Quellen: Veröffentl. der Botschaft: RSA 2000; Afrika Süd Nr. 6/97, 1/98; Household Survey 1995; Facts 1996, 1997; South African Housing Overview 1995, Veröff. von SADEP 1997.

Italiens neues Einwanderungsgesetz

Zufrieden? Nein, danke!

Von Cecilia Frati

Nach etwa sieben Jahren seit der Verabschiedung des inzwischen veralteten Einwanderungsgesetzes (Legge Martelli) hat der italienische Senat jetzt endlich ein neues Gesetz verabschiedet. Doch nur wenige sind wirklich mit ihm zufrieden: sicherlich nicht die Rechte, die für ein noch schärferes Gesetz plädiert hatte, weil sie sich – so wie Lega Nord – vor der „Marokkanisierung“ Italiens fürchtet, jedoch auch nicht der größte Teil der Linken, die in ihm generell keine Verbesserung des früheren Gesetzes sieht.

Tatsächlich bringt das neue Gesetz Vor- wie auch Nachteile. Die jetzt neu eingeführten positiven Regelungen waren im großen und ganzen schon im früheren Gesetz vorgesehen, sie waren aber niemals ausgeführt worden – dies betrifft Bereiche wie z.B. das Gesundheits- und Schulwesen so wie auch das Bleiberecht für Kinder, Jugendliche und schwangere Frauen. Wirklich neu und fortschrittlich sind eigentlich nur die Normen gegen die Diskriminierung bei der Arbeit und für den gleichberechtigten Zugang zu Sozialwohnungen. In diesen beiden Fällen

werden Migrantinnen und Migranten durch die neue Regelung mit dem italienischen Normalbürger gleichgestellt.

Nicht ganz gleichberechtigt werden legale Migrantinnen und Migranten zumindest für die nächste Zeit hinsichtlich des Wahlrechtes bei Gemeindewahlen sein. Ein neues Verfassungsgesetz zu diesem Thema soll aber bis Ende des Jahres von der Bicamerale (Zweikammerkommission) vorgelegt werden.

Bei den Bedingungen für die Einwanderung nach Italien und beim Thema „Abschiebung“ stellt das neue Gesetz hingegen eher ein Rückfall gegenüber dem Alten dar. Es werden künftig je nach Verfügbarkeit von Arbeitsplätzen neue Wege für Flüchtlinge geöffnet, die noch einwandern wollen: Leider wird hier aber die Einreise z.B. von den Beziehungen oder den Abkommen zwischen den Regierungen abhängig gemacht oder von anderen Voraussetzungen, die die legale Einreise besonders schwierig gestalten. Außerdem wird die sogenannte Planung der Migrationsflüsse, die die italienische Regierung glaubt verwalten zu können, mit großer Wahrscheinlichkeit wegen der sehr hohen Kosten, der Ineffizienz der staatlichen Apparate, der Bestechlichkeit nicht möglich sein. Dadurch werden Migrantinnen und Migranten wieder in die Illegalität gedrängt.

Diejenigen die sich schon in Italien aufhalten und eine finanzielle und soziale Sicherheit haben, bekommen künftig nach fünf Jahren eine sog. carta di soggiorno, also eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis, vorausgesetzt sie lassen sich niemals etwas zu Schulden kommen.

Die anderen, die eine arbeitsmäßig prekäre Situation haben (wie im Grunde auch viele ItalienerInnen) oder eine Situation der Randständigkeit erleben, können jederzeit wieder abgeschoben werden. Das bedeutet, daß letztere einen Status als Bürger zweiter Klasse besitzen und ständig Kontrollen über ihre berufliche, wirtschaftliche und soziale Situation ausgesetzt sein werden. Auch wenn sie einen legalen Aufenthaltsstatus haben, können die zuständigen Polizeibeamten bei Beanstandungen jederzeit ihre Ausweisung anordnen.

Jedenfalls ist es für eine abschließende Bewertung des neuen Einwanderungsgesetzes noch zu früh. Wie immer in diesen Fällen wird ein ganz erheblicher Einfluß durch die erst noch zu erlassenden Ausführungsvorschriften und Durchführungsbestimmungen ausgeübt. Erst wenn diese vorliegen, wird man wirklich sagen können, ob das neue Gesetz für oder gegen die MigrantInnen gemacht wurde. In einer Zeit, in der man durch die zunehmenden weltweiten Daten- und Geldströme vom „globalen Dorf“ spricht, wirken die Beschränkungen, die der freien Bewegung von Personen auferlegt werden, jedenfalls absurd und anachronistisch.

Cecilia Frati ist Mitarbeiterin der Italien-Redaktion von Radio Dreyeckland.

Massaker in Chiapas interessieren die Bundesregierung nicht

Menschenrechte in Mexiko und deutsche Politik

Alarmierende Nachrichten aus Chiapas rücken die Ereignisse in dem mexikanischen Bundesstaat wieder in den Mittelpunkt des Interesses. Menschenrechtsorganisationen melden eine starke Zunahme politisch motivierter Morde. Seit Dezember 1994 seien über 300 Menschen aus politischen Gründen getötet worden, so die Tageszeitung „La Reforma“. Das sei in der ersten Hälfte der Regierungszeit Präsident Zedillos eine deutliche Zunahme im Vergleich zur Amtszeit seines Vorgängers Salinas. Das Massaker von Acteal, Chenalhó/Chiapas, brachte mit brutaler Deutlichkeit zu Ausdruck, daß die Unterdrückungspolitik und die Politik des Genozides gegenüber der indigenen Bevölkerung eine neue Stufe erreicht hat.

Die PRI befindet sich in einer tiefen politischen Krise. Präsident Zedillo, der 1994 gewählt wurde, hat seit zwei Jahren die Verhandlungen mit der zapatistischen EZLN und anderen indigenen Gruppen abgebrochen und die Realisierung der abgeschlossenen Verträge von San Andrés Larráinzar blockiert. Er nahm Kurs auf die Militarisierung des Konfliktes. Der Armee wurde die Aufgabe übertragen, die EZLN zu zerreiben, so daß in Chiapas ein „Krieg niedriger Intensität“ geführt wird, der sich zu allererst gegen die indigene Bevölkerung richtet. Nach Angaben von Vertretern der Opposition werden mexikanische Offiziere in den USA für die Führung eines Anti-Guerilla-Krieges ausgebildet, die mexikanische Armee erhält US-Militärhilfe und Ausrüstungen. Paramilitärische Gruppen, die die Unterstützung der lokalen großen Latifundisten und der staatlichen PRI-Organen genießen, terrorisieren die indigene Landbevölkerung. Die Gefahr eines erneuten Ausbruchs offener militärischer Handlungen ist nach wie vor groß.

Die Regierung Zedillo versucht, mit politischen Manövern dem zunehmenden Druck der Opposition und der internationalen Meinung zu begegnen. Staatssekretär Francisco Labastida Ochoa verkündete eine Gesetzesinitiative zur Regelung der Rechte und Kultur der indigenen Völker. Er richtete die Bitte an die „Kommission für Übereinstimmung und Befriedung“ (COCOPA), sich zur Zusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Die oppositionelle „Partei der Demokratischen Revolution“ (PRD) bezeichnete diesen Schritt der PRI-Regierung in ihrem „Manifest an die Nation“ vom 4. März als den Versuch, die unabhängige Vermittlerkommission vor den Karren der Regierung zu spannen und der Forderung nach Wiederaufnahme des Dialoges mit der (EZLN) aus dem Wege zu gehen. Die PRD konstatiert, daß die Regierung nichts unternimmt, um die militärische Einkreisung der zapatistischen Gebiete zu beenden und gegen die Tätigkeit der

paramilitärischen Gruppen vorzugehen.

Der Nationalkongreß der Indigenen Völker richtete an die Regierung den Appell, ihre Autonomie anzuerkennen und alles zu unterlassen, was eine Änderung der Verträge von San Andrés Larráinzar ohne die Zustimmung der EZLN betrifft.

Die Führung der PRD ist der Auffassung, daß die Lösung des Chiapas-Problems Priorität besitzt, und sieht darin einen ersten Schritt zur Durchführung demokratischer Reformen im Lande, die von der Regierung der seit über 60 Jahren dominierenden PRI verhindert werden. Mit dem Ziel, die Weltöffentlichkeit zu mobilisieren und den Druck auf die Regierung zu verstärken, bereiste vom 12. bis 25. Januar eine Mission der PRD Europa und suchte Kontakte zu politischen Parteien und Organisationen, Parlamentariern und dem EU-Parlament. Sie hielt sich in Italien, Frankreich, Großbritannien, Spanien, der BRD, Dänemark und Belgien auf. Sie erreichte, daß es z.B. in Italien zu Massenprotesten gegen die Politik der Zedillo-Regierung kam, das Europaparlament sich mit Mexiko – auch im Hinblick auf den Abschluß eines Assoziierungsabkommens – befaßte und eine Reihe Länder Beobachter nach Chiapas entsandten. Zwei Wochen hielt sich eine „Internationale Zivilkommission für Menschenrechtsbeobachtung“ dort auf, deren deutsche Vertreter sich über das Ausmaß der Menschenrechtsverletzungen erschreckt äußerten. Eine Delegation belgischer Parlamentarier, die sich in einem Gespräch mit dem Präsidenten der PRD informierten, äußerten ihre Beunruhigung über die Vorgänge in Chiapas.

Im Sitz des Europaparlamentes in Brüssel kam es am 3. März zu einem Gespräch, an dem neben dem Außenminister Mexikos, Rosario Green, Vertreter von vier Menschenrechtsorganisationen teilnahmen. „Der gemeinsame Nenner in

Europa besteht in der Absicht, den Handel mit Mexiko auszuweiten. Es wird aber befürchtet, daß der Partner, mit dem das Abkommen unterzeichnet werden soll, keine demokratische Regierung darstellt und die Menschenrechte achtet“ erklärte die Vertreterin der „Kommission zum Schutz und zur Verteidigung der Menschenrechte“ Reygadas.

Internationale Kritik an der Zedillo-Regierung nimmt also zu. Im Gegensatz dazu klingen Äußerungen aus der BRD geradezu schmeichelhaft für den Präsidenten Mexikos. Schrieb doch die FAZ am 10.10.97 aus Anlaß seines Besuchers in der BRD, es wäre verwunderlich, daß deutsche Unternehmen die Chancen, die ihnen Mexiko bietet, nicht nutzen. Es sei bisher gut gelungen, „eine siebzig Jahre alte Parteiherrschaft „in eine pluralistisch Demokratie zu überführen.“ Kinkel erklärte: „Neben Brasilien zählt Mexiko zu unseren wichtigsten Wirtschaftspartnern in Lateinamerika. Mehr als 500 deutsche Unternehmen sind inzwischen in Mexiko präsent. Andererseits ist Deutschland innerhalb der EU der wichtigste Handelspartner Mexikos. Dies zeigt: Mexiko ist für die deutsche Industrie ein Tor zum amerikanischen Kontinent, sowohl zu den USA und Kanada als auch zu Lateinamerika. Deutschland wiederum ist ein Tor Lateinamerikas in die EU und die Brücke zu Mittel- und Osteuropa. Also: Viele unserer Möglichkeiten und Interessen gehen konform. Diesen Weg werden wir fortsetzen.“

Zu Chiapas schweigt Bonn. Nichts zu hören oder zu lesen, was Zedillo auffordern würde, mit dem Krieg dort Schluß zu machen. Im Gegenteil! Während der Kanzler- und Kinkel-Besuche 1997 in Mexiko erhielt Zedillo Lob für seine rigorose Politik. Über Menschenrechtsverletzungen kein Wort. Die Bundesregierung hat Nachholbedarf! (abe)





TÜRKEI: STREIK GEGEN STREIKVERBOT: Mehrere tausend Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Türkei haben am 4. März trotz Streikverbots ihre Arbeit niedergelegt und gegen ein geplantes Gesetz zur Regelung ihrer Rechte demonstriert. Nach dem Gesetzentwurf sollen die 1,8 Mio. beschäftigten Arbeiter im Öffentlichen Dienst zwar die Möglichkeit erhalten, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, das Streikrecht bleibt ihnen aber weiterhin versagt. Auch sollen die Löhne weiter einseitig von der Regierung festgelegt werden. (hav)

Simbabwe: Enteignung von 1.500 Farmen zurückgenommen

Seit 1980 erwarb die Regierung von Simbabwe ca. 3,5 Mio. ha Land von weißen Farmern, die das Land verließen, und ermöglichte dadurch ca. 70.000 Familien eine Ansiedlung. Ende letzten Jahres hatte Präsident Mugabe erklärt, nun das 1991 verabschiedete Gesetz zum Landerwerb konsequent durchzuführen: „Wir werden das Land nehmen und bezahlen nicht für den Boden. Unser Land wurde nie gekauft, und deshalb gibt es auch keinen Grund, das Land zurückzukaufen.“ Lediglich für Investitionen in Gebäude und Anlagen waren Ausgleichszahlungen vorgesehen. Der Staatsminister und Vorsitzende des Landausschusses, Josef Msika, hatte erklärt, daß weitere 5 Mio. ha benötigt würden, um weiteren 80.000 bis 100.000 Menschen Land zur Bewirtschaftung zu geben. Insgesamt waren 1.776 Farmen dafür ausgesucht worden: überwiegend Flächen, die von der britischen Kolonialregierung nach dem 2. Weltkrieg von den Reservaten abgetrennt und den weißen Siedlern zugeeignet worden waren. Im November 1997 wurden in einer amtlichen Liste 1.500 Farmen mit 4 Mio. ha Fläche zur Enteignung veröffentlicht. Nach dieser Verkündigung war es zu Turbulenzen an der Börse von Harare gekommen, die Landeswährung mußte um fast 50% abgewertet werden. Die betroffenen Farmer sollen die Rückzahlung ihrer Bankkredite, die auf 60 Mio. Pfund Sterling geschätzt werden, gestoppt haben. Die britische Regie-

rung forderte, die Enteignungspläne zurückzunehmen, da sie die Kreditwürdigkeit Simbawwes beschädigten. Eine finanzielle Unterstützung erfolge nur, wenn Ausgleichszahlungen vorgenommen, ein „einwandfreies Landregister“ angelegt, das Geld für Armutsbekämpfung eingesetzt würde und die Regierung ihren Verpflichtungen zum Investitionsschutz nachkomme. Eine EU-Delegation reiste an, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen. Die Regierung von Simbabwe beugte sich dem internationalen Druck und stoppte die Enteignungspläne: Die EU stellt nach „erfolgreichen“ Verhandlungen 15 Mio. Pfund Sterling zur Finanzierung von Kompensationszahlungen zur Verfügung. Auch der IWF hob umgehend die Kreditsperre für 120 Mio. US-Dollar, die seit Monaten wegen „Nichteinhaltung von Strukturaranpassung“ gegen Simbabwe verhängt worden war, auf. Die Vereinigung der Farmer Simbawwes (ZFU) begrüßte die Entscheidung und verfügt so weiter über 11,5 Mio. ha fruchtbares Farmland. (Dagmar Gebhardt)

Angola: Neue Entwicklung zwischen MPLA und UNITA

Die angolansische Regierung hat in der letzten Woche die UNITA für offiziell zugelassen erklärt und damit einen wichtigen Schritt in der Normalisierung der Beziehung zu dieser Bewegung unternommen. Vorausgegangen war eine Erklärung der UNITA zur vollständigen militärischen Demobilisierung. Dies war von der

UNO als Voraussetzung definiert worden, um das Lusaka-Abkommen zu verwirklichen. Bis zum 1.4.1998 soll UNITA nunmehr weitere Zugeständnisse machen müssen.

Inwieweit sich dies als (letzte) taktische Variante der UNITA-Truppe darstellt, wird sich erst nach diesem Datum erweisen. Denn gleichzeitig berichtete das angolansische Fernsehen von UNITA-Angriffen auf Regierungsstellungen in Huila. (mc)

Solidarität mit den Opfern der Militärdiktatur in Chile

Eine „demokratische“ Rarität ist das durch die chilenische Verfassung dem Diktator Pinochet, der 17 Jahre Chile einer blutigen Militärdiktatur unterwarf, zugesicherte Privileg, Senator auf Lebenszeit zu werden. Demonstrationen in Chile wenden sich gegen diese Farce. Angehörige von Verschwundenen fordern die Bestrafung der Schuldigen. Die Regierung der „concertación“, der auch die Sozialistische Partei Chiles angehört, setzt Polizei gegen sie ein. Der Hauptschuldige an den Verbrechen der Militärdiktatur erhält „demokratisch“ einen Sitz im Senat des Landes.

Im Januar 1998 hat sich eine Gruppe Chilenen in Europa, Vertreter politischer und kultureller Vereinigungen, in Malmö getroffen und ein Komitee „Europäische Front für die Demokratie in Chile“ gebildet. In einer Erklärung verurteilen sie die Knebelung der Demokratie in Chile: „Diese Situation enthüllt uns das wahre Chile: ein Land, in dem die militärische Macht über der Zivilgewalt und dem Volkswillen steht.“ Sie rufen dazu auf, die Klage, die Gladys Marin, Generalsekretärin der Kommunistischen Partei Chiles, wegen Völkermordes und Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingereicht hat, zu unterstützen. Erreicht werden soll eine Verurteilung Pinochets als Verantwortlicher für die am chilenischen Volk begangenen Verbrechen. Richter Garcia Castellón hat in Spanien ein Verfahren gegen Pinochet angestrengt, das als exemplarische Bestrafung der Verletzter von Menschenrechten enden soll.

In einer Erklärung des PDS-Parteivorstands vor der Ernennung Pinochets zum „Senator auf Lebenszeit“ drückt dieser seine Empörung aus, daß „Ex-Diktator Augusto Pinochet massiv auf seinem Anspruch besteht, ... Senator auf Lebenszeit“ zu werden. Die PDS schließt sich dem weltweiten Protest gegen diese Ansinnen an. Sie fordert die Bundesregierung auf, ihre außenpolitischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten im bilateralen Verhältnis zu Chile ... zu nutzen, um diese Verhöhnung der Demokratie nicht zuzulassen. Unsere Solidarität gilt heute wie damals den Opfern der Pinochet-Diktatur und allen demokratischen Kräften Chiles.“ *Die Adresse der Front in der BRD ist: Milo Méndez Escobar, Freiheitsweg 1, 13407 Berlin.* (abe)



Fotos: Arbeits fotografie

Abschiebung verhindert – PfarrerInnen fordern Freilassung

KÖLN. Mit einer Protestaktion im Köln/Bonner Flughafen konnte am 10.3. die Abschiebung des 28jährigen Kurden Naci A. in die Türkei vorerst verhindert werden. Etwa 30 Menschenrechtsaktivisten verteilten Flugblätter in der Abflughalle, sprachen mit den Passagieren des Flugzeugs und baten diese, den Flug mit einem Abschiebehäftling zu verweigern.

Ein deutscher Freund von Naci A., der 27jährige Erik P., kaufte sich ein Flugticket. An Bord der Maschine weigerte er sich, als Fluggast Platz zu nehmen und sich anzuschallen. Mit Erfolg: Der Kapitän des Flugzeugs der Turkish Airways verweigerte den Start. Erst als Naci A. und Erik P. das Flugzeug verlassen konnten, startete die Maschine. Erik P. wurde festgenommen. Gegen ihn wird Anzeige wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte und gefährlichen Eingriff in den Luftverkehr erstattet. Der Bundesgrenzschutz brachte nach letzten Informationen Naci A. zurück in das Abschiebehäftlinghaus Moers. Vier andere Flüchtlinge hingegen wurden mit derselben Maschine abgeschoben.

Naci A.s Leben ist in der Türkei gefährdet Elektroschocks und andere Foltermethoden hat er in der Türkei mehrfach erlitten, weil er alevitischer Kurde ist, weil er als Gewerkschafter aktiv war, und auch, weil er in der Tageszeitung „Emek“ schrieb: „Auf den Straßen in der Türkei schreien die Mütter „Wo sind unsere Kinder?“ Die Menschen suchen auf Polizeiwachen, in Leichenschauhäusern, an Flußufern, auf Mülldeponien, in Wäldern nach den Leichen der verschwundenen Kinder“. (16.9.97)

Für die deutschen Behörden ist seine Verfolgungsgeschichte „unerheblich“. Sein Antrag auf politisches Asyl wurde abgelehnt und seine Abschiebung beschlossen. Obwohl ein medizinisches Gutachten vorliegt, in dem bescheinigt wird, daß die „erheblichen seelischen Belastungen wie Angstzustände, Schlafstörungen, Kopf und Magenschmerzen, Übelkeit mit Erbrechen und Pani-

kattacken“ dringend medikamentös und therapeutisch behandelt werden müssen.

Das Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“ und die evangelischen Gemeinden, die sich seit dem 21. Januar an der Protestaktion für ein Bleiberecht der Flüchtlinge aus der Türkei einsetzen, haben sich an die zuständige Ausländerbehörde in Neuss und das Innenministerium in Düsseldorf mit der Bitte gewandt: Die Abschiebung zu stoppen. Herrn A. wird Kirchenasyl angeboten, damit sein Antrag auf Asyl noch einmal genau geprüft wird und Abschiebehindernisse, die sein seelischer und gesundheitlicher Zustand darstellen, Berücksichtigung finden. *PM Kölner Netzwerk*

1.000 demonstrieren gegen Allbau-Verkauf

Essen. An die 1.000 Leute haben am 25.2.1998 gegen den Verkauf des Allbau demonstriert. Vor allem Mieterinnen und Mieter der städtischen Wohnungsbau-Gesellschaft – viel mehr, als erwartet – haben die Aktion der Allbau-Mieter/innen-Initiative unterstützt. Vom Allbau-Haus ging es zum Rathaus, wo vor der Ratssit-



zung schon einmal eine Trauerfeier für den Allbau organisiert wurde. Daß es zu einer wirklichen Trauerfeier nicht kommen muß, dafür will die Mieter/innen-Initiative nun erst recht sorgen.

Während die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen an der Aktion teilnahm, kam von der SPD nur Oberbürgermeisterin Jäger zum „Empfang“ geschickt. Unter Gelächter, Buhrufen und Pfiffen versicherte sie, daß der Rat keine Entscheidung treffen würde, mit der die Mieter nicht „leben“ könnten. Die Allbau-Mieter/innen-Initiative will sich als nächstes öffnen. Am 12.3.1998 ist eine öffentliche Versammlung geplant. Auf breiterer Basis will sie dann ihre bei der Demonstration begonnene Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren fortführen. Das Ziel ist ehrgeizig: Für einen Erfolg müssen 48.000 wahlberechtigte Einwohner der Stadt Essen das Bürgerbegehren unterstützen. Immerhin: 4.500 Unterschriften kamen bereits in den letzten Wochen bei der von B. 90/Die Grünen initiierten Unterschriftensammlung gegen den Verkauf des Allbau zusammen. Diese Leute sind sicherlich auch für das Bürgerbegehren ansprechbar. *wof*

Provokation? –

STUTTGART. Dies geschah vor zwei Wochen: Betroffen war auch der mesopotamische Kulturverein in Zuffenhausen, wo sich ca. 15 Beamte über vier Stunden aufhielten, um u.a. Bilder und 1000 Fackeln im Wert von 2000 DM zu beschlagnahmen. Die Beschlagnahme der Fackeln ist schwerwiegend, denn die werden gebraucht für das kurdische Neujahrsfest Newroz am 21. März.

Insgesamt ging die Polizei bei den Durchsuchungen wohl „zurückhaltender“ vor als z.B. vor zwei Jahren: damals wurden Türen eingetreten, Kinder mit gezogenen Waffen erschreckt etc.. Dies alles scheint diesmal nicht der Fall gewesen zu sein.

Formale Gründe für einige der Durchsuchungen sind uns bekannt: Ermittlungsverfahren einerseits wegen Verdacht des Verstoßes gegen das PKK- und ERNK-Verbot, andererseits wegen Verdacht auf Spendengelderpressung.

Über die politischen Beweggründe darf gemutmaßt werden:

Will man behördlicherseits herauskriegen, was von kurdischer Seite für Newroz geplant ist? Das hätte man leichter haben können durch eine einfache Anfrage bei den kurdischen Vereinen.

Oder gibt es interessierte Kräfte im Staatsapparat, die die sichtbar auf Dialog gerichtete Orientierung der kurdischen Seite behindern und lieber provozieren wollen?

Fest steht: die kurdischen Menschen werden einfach nicht in Ruhe gelassen. Es steht aber nicht fest, daß diese Piesackerei auf Dauer die Duldung des Großteils der deutschen Gesellschaft erfährt. *.heb*

Großaufgebot der Polizei

Massive Behinderung der antifaschistischen Demonstration. 200 Neonazis konnten ungehindert marschieren. Über 200 Verhaftete im Ersatzgefängnis Unterwellenborn und in Nürnberg.

Ca. 5000 Menschen demonstrierten am Samstag, den 14. März in Saalfeld gegen rechte Gewalt, rechten Konsens und den Versuch, antifaschistisches Handeln zu kriminalisieren.

Die Demonstration wurde durch die Auflagen des Landratsamtes sowie das Vorgehen der Polizei massiv behindert. Bereits im Vorfeld wurden die TeilnehmerInnen der Demonstration durch Vorkontrollen und Verhaftungen an der Anreise gehindert. Einzelne Busse wurden drei Mal kontrolliert, wobei alle Insassen sich durchsuchen lassen mußten.

Mindestens 10 Busse konnten nicht zum Demonstrationsort anreisen. Mindestens 50 Personen wurden, weil sie die Busse an einer versuchten Wegumleitung verlassen hatten, in Unterbindungsgewahrsam genommen und in das bereits vom 11. Oktober letzten Jahres berüchtigte Gefängnis Unterwellenborn verbracht. Die verbleibenden Personen befanden sich bis nach Abschluß der Demonstration in Polizeikontrollen.

Während der Demonstration verursachte die Polizei mit massivem Auftreten sowie der „einschließenden Begleitung“ des gesamten Demonstrationstrupps durch behelmte Beamte eine äußerst angespannte Situation. Einzelne Beamte griffen wiederholt in die Demonstration ein und verhafteten mindestens 5 DemonstrationsteilnehmerInnen. In Gorndorf ließ die Polizei Provokationen von ca. 30 Neonazis zu, die sich mit Baseballschlägern auf die Demonstration zubewegten. Die entstandene Unruhe nutzte die Polizei aus, um wahllos auf die DemonstrantInnen einzuschlagen. Einige DemonstrationsteilnehmerInnen wurden verletzt und mußten sich in ärztliche Behandlung begeben.

Es war für alle TeilnehmerInnen offensichtlich, daß die Strategie des Landratsamtes und des Thüringer Innenministeriums, die Demonstration durch Auf-

lagen zu kriminalisieren, im Handeln der Polizei fortgesetzt werden sollte. Durch das massive Polizeiaufgebot sollte bei den BürgerInnen der Eindruck erweckt werden, von der Demonstration ginge eine Bedrohung aus. So wurde es unmöglich, das Anliegen der Demonstration in der Öffentlichkeit in der von allen TeilnehmerInnen gewünschten und geplanten Art zu vermitteln – eine eklatante Einschränkung des Demonstrationsrechtes.

Die Strategie, das Bündnis mit derartigen Provokationen zu spalten, war indes nicht erfolgreich. Alle RednerInnen der Kundgebung, darunter Peter Ginzgold, Überlebender des Holocaust und Teilnehmer des Widerstandes, und der DGB-Landesvorsitzende Frank Spieth



Festnahme eines Neonazis, eher die Ausnahme in Saalfeld am 14. März

kritisierten das Verhalten von Behörden und Polizei scharf. Wer den Umtrieben der Neonazis tatenlos zusehe und stattdessen AntifaschistInnen in ihrem Handeln einschränke, leiste dem Erstarken der extremen Rechten Vorschub.

Nach dem Verbot der antifaschistischen Demonstration am 11. Oktober 1997 haben die Regierenden der Stadt Saalfeld und des Landes Thüringen zum zweiten Mal ihren Ruf bestätigt, Neonazis gewähren zu lassen und antifaschistisches Handeln zu unterbinden.

Die Deutschen könnten, so Peter Ginzgold, aufgrund der historischen Erfahrungen heute nicht mehr sagen, sie hätten von nichts gewußt. Für ihn als Überlebenden des Holocaust sei es eine große Hoffnung, daß Menschen sich gegen die Rechtsentwicklung engag

Bündnis gegen Rechts Saalfeld, Pressemitteilung, 14.3.

Castor-Alarm im Münsterland

Münster. Der Castor-Transport rückt näher. Er soll voraussichtlich in der letzten März-Woche rollen. Inzwischen wird in vielen Städten NRWs dagegen mobilisiert. Am Sonntag, 15.3., war noch einmal ein „Sonntagsspaziergang“. Am Samstag, 21.3., ist eine Großdemo in Münster. Sie ist der Auftakt für die Aktionen der folgenden Woche, in der die Widerstandscamps stattfinden. Unter der Überschrift „Castor-Alarm im Münsterland – Der westfälische Friede trägt“ heißt es im Aufruf zur Demonstration in Münster:

„... Die Mehrheit der Menschen in diesem Land ist für eine Energiewende mit Ausstieg aus der Atomkraft. Doch statt diesen Willen zu akzeptieren ..., produziert die deutsche Atompolitik täglich neuen Atommüll, der auf hunderttausende von Jahren unseren Nachkommen aufgebürdet wird ... Ein starker Widerstand macht es den Herrschenden schwer, ihre Interessen gegen die Bevölkerung durchzusetzen. Transporte nach Gorleben sind wegen ihrer finanziellen und politischen Kosten kaum noch möglich. Ahaus darf keine Hintertür zur Atommüll-Entsorgung werden! ...

Am Samstag, bevor die Castoren in Richtung Ahaus rollen ..., wird bei Neckarwestheim als Ursprungsort der Behälter demonstriert und gleichzeitig eine bundesweite Demonstration in Münster stattfinden. In Münster ist die für Ahaus zuständige Bezirksregierung und der Sitz des zuständigen Polizeipräsidiums ... Wir werden entschlossen demonstrieren und all denen Mut machen, die mit kreativen Aktionen und unter hohem persönlichen Einsatz den Transport nach Ahaus verhindern werden.“

Angesichts der Breite des Widerstands fährt die Landesregierung eine Doppelstrategie. Sie hat sich in einer Erklärung politisch gegen den Castor-Transport ausgesprochen, selbst Landeswirtschaftsminister Clement bezeichnete den Transport als „Provokation“. Gleichzeitig bereitet sie sich darauf vor, den Transport mit einem riesigen Polizeiaufgebot ans Ziel zu bringen, wofür sie verantwortlich ist. Der Verfassungsschutz macht seit Wochen mit wüsten Szenarios Stimmung, um die örtlichen und regionalen Gegner des Atommülllagers zu spalten. Innenminister Kniola hat inzwischen erhebliche Einschränkungen des Demonstrationsrechts angeordnet. Fünf der neun geplanten Widerstandscamps wurden verboten. Vor dem Lager soll in einem zwölf Kilometer langen und 600 Meter breiten Korridor um die Gleise absolutes Demonstrationsverbot gelten. Von 20–30.000 Polizisten ist die Rede, um diese Verbote durchzusetzen. ➔

→ Damit schränkt die rot-grüne Landesregierung demokratische Rechte weiter ein, als es Schröders SPD-Regierung im Wendtland tat. Die Landtags-Grünen lassen es geschehen und nehmen lieber mediengerechte Fototermine als Schienenblockierer wahr – obwohl der Druck der Basis auch nach dem Garzweiler-Streit stark ist. Roland Appel, Fraktions-sprecher, unterstützte auf einer Veranstaltung in Essen noch nicht einmal die Forderung, in einem „Flächen-Feldversuch“ Namensschilder für alle beteiligten Polizeibeamten einzuführen, um der Entfesselung der uniformierten Gewalt Grenzen zu setzen. Dabei sieht die vor drei Jahren abgeschlossene Koalitionsvereinbarung solche Maßnahmen vor.

wof

„Zusammleben im Öffentlichen Raum“

Lassen sich die Kirchen instrumentalisieren?

FRANKFURT. Ordnungsdezernent Corts hatte im Dezember 97 angekündigt, daß im ersten Quartal 98 die überarbeitete Fassung der sogenannten Gefahrenabwehrverordnung vorgelegt und dann zügig in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden soll (FAZ 12.12.). Offensichtlich hat eine große Koalition aus CDU, SPD, FDP und REPs tatsächlich vor, diese Polizeiverordnung, die sich vor allem gegen obdachlos und arme Menschen richtet, jetzt durchzusetzen.

Vor zwei Jahren mußte Corts seine Vorlage noch zurückziehen, da sie auf massiven Widerstand, u.a. auch aus den Reihen der SPD und der Kirchen, stieß. Weil eine Mehrheit in der SPD nach den Kommunalwahlen das Bündnis mit der CDU wollte, haben die Sozialdemokraten dann in der gemeinsamen Kommunalpolitischen Plattform im September 97 der Polizeiverordnung ausdrücklich zugestimmt. Jetzt scheinen auch die Kirchen grünes Licht gegeben zu haben. Die FAZ vom 4.3. jedenfalls dokumentiert und kommentiert wohlwollend und ausführlich sogenannte „Leitlinien zur Gestaltung des Zusammenlebens im Öffentlichen Raum“. Diese Leitlinien wurden von einem „Runden Tisch“ „erarbeitet“, dem neben Vertretern der Polizei, des städtischen Präventionsrats, des Ordnungs- und Sozialamtes, der Stadtwerke und des Vereins „Zeil aktiv“, auch Repräsentanten der Kirchen, einiger Wohlfahrtsverbände sowie des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten angehören. Die Leitlinien rechtfertigen ausdrücklich Polizeigewalt, d.h. Platzverweise, Verbringungsgewahrsam ... gegen Obdachlose, Drogenabhängige, Bettler ... in der Innenstadt, und zwar dann, wenn „nachhaltig angebotene Hilfe“ keine Verhaltensänderung bewirkt und sich die Menschen nicht „anpassen“.

Jochen Meurers und die Lobby für

Wohnsitzlose und Arme halten diese Leitlinien für einen Skandal. Haben sich die Vertreter der Kirchen und der Wohlfahrtsverbände von Corts und seinesgleichen hier nur instrumentalisieren lassen? Sollen SozialarbeiterInnen jetzt gezielt selektieren und entscheiden, wer anpassungsfähig ist und wer nicht? Wer gibt den Kirchen und den anderen Teilnehmern des Runden Tisches eigentlich das Recht, Maßstäbe aufzustellen, wer sich auf der Zeil aufhalten darf? Die sogenannte Landstreicherei wurde aus gutem Grund Anfang der 60er Jahre aus dem Strafgesetzbuch gestrichen. Offensichtlich versuchen die Kommunen jetzt, diesen Paragraphen auf Ebene des Polizei- und Ordnungsrechts wieder einzuführen. Dieser üblen Mischung aus sozialer Ausgrenzung und staatlicher Repression muß Widerstand entgegengesetzt werden. Lobby plant ein öffentliches Hearing, bei dem es um die Verletzung von Bürgerrechten, die diese Verordnung auch begründet, gehen soll. Es liegt eigentlich nahe, Protest gegen diese Sorte „Sicherheitspolitik“ auch in den beginnenden Bundestagswahlkampf einzubringen.

ola

Mehr Demokratie in Hamburg

Volksbegehren für Volks- und Bürgerentscheide läuft

HAMBURG. Vom 9. bis zum 23. März werden die Volksbegehren für Volksentscheide in Hamburg und für Bürgerentscheide in den Bezirken durchgeführt. Wahlberechtigte, die diese unterstützen wollen, könne sich zu den angegebenen Zeiten in die Listen in der Eintragungsstelle eintragen, die in ihrer Benachrichtigung angegeben ist.

124.000 Menschen müssen sich bis zum Abschluß dieser Frist in die Listen in den insgesamt 27 Eintragungsstellen eintragen, damit es – gemeinsam mit den Bundestagswahlen im September – zu einem Volksentscheid über die Gesetzentwürfe der Initiative „Mehr Demokratie in Hamburg“ kommt.

Die Forderungen der Initiative richten sich auf eine Erleichterung der Volksgesetzgebung, wie sie bereits seit 1. September grundsätzlich in der Hamburger Verfassung vorgesehen ist. Durch einen umfassenden Katalog von Fragen, die von der Volksgesetzgebung ausgeschlossen sind, sowie durch erschwerende Fristen und Quoren wird die tatsächliche Möglichkeit der direkten Einflußnahme der Bevölkerung jedoch außerordentlich erschwert. Dagegen richtet sich der Entwurf von „Mehr Demokratie in Hamburg“ (siehe Kasten). Die Forderung nach Bürgerentscheiden auf Bezirksebene ist zugleich eine Forderung nach wirklicher kommunaler Selbstverwaltung in

den Bezirken, die sich gegen die Entmündigung der Bezirksversammlungen durch die zentralistische Konstruktion Stadtstaat / Einheitsgemeinde Hamburg richtet.

Die Initiative wird von einer bunt gemischten Zahl von Organisationen unterstützt, die von der DGB-Jugend, Juso-Gruppen, Bürgerinitiativen, BUND, Bündnis 90/Die Grünen bis hin zum FDP-Landesverband Hamburg, zur Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und ÖDP reicht. Entschieden gegen die Ziele der Initiative sprechen sich die großen Parteiorganisationen von SPD und CDU aus. Die CDU fordert ihre Mitglieder auf, das Volksbegehren zu boykottieren und die „Karte in den Papierkorb“ zu werfen. Wie sie malt auch die SPD in der Stellungnahme des Landesvorstandes die Gefahr an die Wand, daß bei Erreichen der Ziele der Initiative „eine Minderheit der Bevölkerung über den Rest abstimmt“ und gar die durch die Wahlen nach ihrer Ansicht besser legitimierten Abgeordneten das Nachsehen hätten. Ex-Bürgermeister Voscherau, der kürzlich noch einen Volksentscheid über die Euro-Teilnahme der BRD befürwortet hatte, sieht in dem Bestreben der Initiative die Gefahr, daß damit Tür und Tor „für das Risiko der Herrschaft der individuellen, sektoralen oder regionalen Partikularinteressen über das Allgemeininteresse“ geöffnet würden. Weil die demokratische Ordnung bereits durch eine Vielzahl von Einzelinteressen belastet sei, werde er sich nicht für die Initiative aussprechen.

Interessant ist, daß die ablehnende Haltung gegen die Erleichterung der Volksgesetzgebung bei SPD-Vorstand wie auch bei Voscherau letztlich mit dem Desinteresse der Massen begründet wird: Voscherau spricht davon, daß der Mehrheit das Allgemeininteresse „so selbstverständlich erscheint, daß sie an den entscheidenden Prozeduren lau und desinteressiert nicht teilnimmt“, und der SPD-Vorstand beklagt die sinkende Wahlbeteiligung. Daraus wird nicht etwa geschlossen, daß das Desinteresse aus den mangelnden Einflußmöglichkeiten („Die machen ja doch, was sie wollen“) herrührt, sondern diese Resignation wird gegen die Massen gewendet, der man solche Mündigkeit nicht zubilligt und vor-schützt, sie wären dann Spielball von partikulären oder populistischen Minderheiten. Tatsächlich sind ja die auf vier oder fünf Jahre von der direkten Einflußnahme der Massen bei Entscheidungen befreiten Parlamentarier keineswegs von den Einflüssen partikulärer Lobbies etc. frei und ganz dem „Allgemeininteresse“ verpflichtet, wie hier unterstellt wird. Hinter der Ablehnung der direkten Demokratie scheint deutlich eine elitäre Vorstellung hervor, nach der nur eine Minderheit – in diesem Falle von Parteifunktionären und Parlamentariern – der Bevölkerung den Weg zum Heil weisen kann.

ulj

Aktion Rote Zora:

„Für die Kleinsten nur vom Feinsten, Herr Oberbürgermeister!“

STUTTGART. Unter dem Titel „Aktion Rote Zora“ hatte für den 4. März die ÖTV Stuttgart die Beschäftigten des Jugendamtes, d.h. aller städtischen Einrichtungen zur Betreuung von Kindern und Jugendlichen, zu einer gemeinsamen Personalversammlung ins Staatstheater eingeladen; für die Kindergärten und Horte war ein Notdienst eingerichtet, ansonsten blieben die Kinder zu Hause. Der Protest richtet sich gegen die vom Land Baden-Württemberg angekündigte Neuregelung der Personalkostenzuschüsse für die Kinderbetreuung, die allein bei der Stadt Stuttgart zu Mehrkosten von 1,5 bis 2 Millionen Mark führen wird. Die Stadtverwaltung hat bereits mitgeteilt, daß sie diesen Betrag dann auch beim Posten Jugendhilfe einsparen will.



Auch die Beschäftigten in den Erziehungseinrichtungen der Evangelischen Kirche machten am Nachmittag eine Mitarbeiterversammlung, verabschiedeten eine Resolution gegen die Kürzung und forderten Qualitätsstandards unter dem Motto: „Kindertagesstätten sind keine Verwahranstalten“. Die 500 Erzieherinnen zogen dann gemeinsam zum Versammlungsort der städtischen Beschäftigten.

Schließlich mobilisierten auch die Eltern für diesen Tag. Der Konferenz der Gesamtelternbeiräte der Kindertagesstätten in Stuttgart hatte dazu aufgerufen, im Anschluß an die Personalversammlung gemeinsam mit den Erzieherinnen zu demonstrieren. Sie schrieben: „Keine Milliarden für Prestigeobjekte! Mehr Geld für Kinder!“

Etwa 5000 Eltern, Erzieherinnen und Kinder trafen sich dann am späten Nachmittag vor dem Rathaus, wo sie allerdings nicht der Oberbürgermeister persönlich empfing – unterm Balkon blinkte nur die vom OB Schuster als Säuberungsaktion mit viel Propagandaaufwand in die Welt gesetzte Leuchtparole „Let's putz!“

Die Personalversammlung des Jugendamts, an der ca. 900 Beschäftigte teilnahmen, stand ganz im Zeichen der Verteidigung einer integrierten Kinder- und Jugendarbeit. Es wurden viele Argumente gegen die Versuche der Ausgliederung einzelner Dienste des Jugendamts im Zuge des Organisationsentwicklungsprozesses vorgetragen.

Susanne Bretschneider, Personalrätin mit Schwerpunkt der Vertretung der Beschäftigten im Arbeiterbereich, kritisierte die Aktionen des OB für ein sicheres und sauberes Stuttgart. Statt guter Dienstleistung für den Bürger werde Ehrenamtlichkeit gepredigt, die aber im Bereich der Reinigung zu noch mehr Stellenabbau führen wird. Und stets wird nach mehr Polizei für Sicherheit gerufen, statt die Ursachen sozialer Konflikte zu bekämpfen.

Eine weitere Verschlechterung der Qualität der Arbeit in den Kindertages-

stätten und -heimen ist bei Personalkürzungen abzusehen, obwohl über steigende Jugendkriminalität geklagt wird und die Anforderungen aufgrund der gesellschaftlichen Krise gestiegen sind. Eine Kollegin aus dem Elternseminar, das auf der Streichliste steht, nannte in ihrem Beitrag Auswirkungen der Krise auf die Familien: Die Armut in den Familien nimmt zu durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Veränderungen der Familienstruktur (Zunahme der Alleinerziehenden, vor allem Frauen). Diese Argumente wurden vom Leiter des Elternseminars Harald Stinglele bekräftigt. Er forderte zusätzlich zur Aufklärung über die steigende Armut in dieser Gesellschaft einen Bericht über den Reichtum. Er bezeichnete das Argument „es ist kein Geld da“ als Lüge, die ständig wiederholt werde, bis sie schließlich jeder glaubt. Daß die Einnahmen der Kommunen sinken, sei kein Naturereignis und liege nicht an der hohen Arbeitslosigkeit. Die finanzielle Krise der öffentlichen Haushalte sei Ergebnis der Steuerpolitik. Diese habe dazu geführt, daß die den Kommunen zustehenden Steuern immer mehr gestrichen wurden. Das Ende der Bescheidenheit sei eingeläutet. Er bekam großen Beifall für diesen Beitrag.

Uli Simon, Personalrat und Vertrauensleutesprecher der ÖTV im Jugendamt, forderte einen Pranger für die CDU. An den Pranger stellt er folgende Punkte:

- Personalstandard in den Kitas
- Eingruppierungen, die die Diskriminierung von Frauen im BAT fortführen
- freie Träger ohne Tarifverträge
- Kinderheime mit dem Motto „satt und sauber“
- Sozialarbeit wird auf die Abarbeitung von Fällen reduziert
- Die Abwicklung des Familienkrisendienstes.

Zur Diskussion „Jugendamt ja oder nein“ forderte eine betroffene Sozialarbeiterin, daß das Jugendamt Anwalt für Kinder und Jugendliche werden müsse. Nicht Konkurrenz verschiedener Ein-

richtungen gegeneinander, sondern Kooperation und Zusammenarbeit seien gefragt. Jugendamtsleiter Pfeifle bedankte sich beim Personalrat für die Organisation des Aktionstages. Er wies auf den Widerspruch hin, dem er seit Beginn seiner Amtszeit im Jahre 1991 im Jugendamt immer wieder ausgesetzt sei: Einerseits das neue Kinder- und Jugendhilfegesetz, das einen neuen Anfang in diesem Bereich markiert und eine präventiv angelegte soziale Dienstleistung bewirken soll. Gleichzeitig die Bestrebungen des Gemeinderats nach einer Haushaltskonsolidierung, was den Prozeß der Verwaltungsreform ausgelöst hat. Er bezeichnete den Privatisierungsweg als den falschen Weg. Er fühle sich den Familien, Kindern und Jugendlichen verpflichtet und würde weiter an seinem Platz kämpfen. Er wäre dabei auf seine Mitarbeiter angewiesen.

Mit dem Theaterstück „Die rote Zora“ wurde das Thema vom Ensemble des Staatstheaters eindrucksvoll aufgegriffen. Minutenlang anhaltender Beifall am Schluß der Vorstellung war der Dank, der auch der Solidaritätserklärung der Schauspieler galt, die am Ende verlesen wurde und die die ursprüngliche Schlußszene, in der sich Familien der alleingelassenen Jugendlichen annehmen, ersetzt: In der Solidaritätserklärung wurde die Aufgabe, die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten, an den Jugendamtsleiter der Stadt Stuttgart übergeben.

Im Anschluß an die Personalversammlung des Jugendamts ab 15.30 Uhr versammelten sich die Beschäftigten vor dem Schauspielhaus zur Demonstration, der sich die Beschäftigten der Evangelischen Kirche aus Stuttgart und den umliegenden Orten sowie Eltern mit ihren Kindern anschlossen. Der Demonstrationszug führte am Finanzministerium des Landtags vorbei (eine geplante Kundgebung dort war nicht genehmigt worden) zum Rathaus, wo symbolisch in einem aufgeführten Sketch (siehe Bild) die letzte Familie Stuttgart verließ. mok

Berlin: Truppengelöbnis auf 10. 6. verlegt – Rüge und Diepgen beugen sich Protesten!

Das ursprünglich für den 13. August, den Jahrestag des Mauerbaus, geplante öffentliche Gelöbnis der Bundeswehr in Berlin soll nun am 10. Juni stattfinden. Das hat Verteidigungsminister Rüge (CDU) mit dem Berliner CDU-Regierungschef Diepgen vereinbart. Vertreter der Berliner SPD, die bisher strikt gegen ein Gelöbnis am 13. August aufgetreten waren, haben darauf sofort ihre Teilnahme an dem neuen Gelöbnis zugesagt. Für die Berliner „Kampagne gegen die Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ ist dagegen die Verschiebung zwar ein „wichtiger Etappensieg für eine demokratische, zivile Gesellschaft“. Der Widerstand müsse aber weitergehen:

„Der Druck auf die Führung der Bundeswehr, auf Bundesregierung und Ber-

liner Senat war zu groß. Die Seifenblase ist vorerst geplatzt, die Bundeswehr als Sieger über die DDR am Tag des Mauerbaus in Ostberlin aufmarschieren zu lassen.

Zentral bleibt die Kritik an öffentlichen Gelöbnissen. Militärische Rituale und öffentliches Säbelrasseln haben nichts mit demokratischen und zivilen Werten gemein.

Wenn mehrere hundert Rekruten im Gleichschritt vor dem Berliner Rathaus aufmarschieren, sich nur auf Kommando bewegen dürfen und eine Gelöbnisformel nachsprechen, wird sinnbildlich, wie undemokratisch die innere Struktur der Bundeswehr ist.

Die Hauptstadt Berlin muß sich als zivile Stadt präsentieren. Und nicht als

Hauptstadt eines größer gewordenen Deutschland, in der an zentralen Plätzen die Bundeswehr aufmarschiert und militaristische Zeremonien abhält.

Festzuhalten bleibt, daß mit der Gelöbniskampagne des Verteidigungsministeriums im Wahljahr 1998 von den ständigen rechtsextremistischen Skandalen der Bundeswehr abgelenkt werden soll. Für dieses Jahr sind etwa 100 öffentliche Gelöbnisse geplant. Die strukturelle Anziehungskraft der Bundeswehr auf Rechtsextreme wird mit preußisch-militaristischen Ritualen wie dem Gelöbnis aber gestärkt.

Wir rufen zu gewaltfreien Aktionen und Protesten gegen das öffentliche Gelöbnis auf.“

(Berlin, 10.3.98)

Arbeitslos und Frau

In der ersten Märzangabe der alle zwei Wochen in Sachsen erscheinenden linken Zeitung „Leipzigs Neue“ schildert Günter Lippold einige Folgen der anhaltenden Massenarbeitslosigkeit speziell für Frauen in Ostdeutschland.

Wenngleich die Arbeitslosenquote bei Frauen – im Amtsbezirk Leipzig jetzt 20,9 Prozent – allerwärts und ständig höher liegt als bei Männern, zeigt sich darin doch nicht die ganze Wahrheit über die Frauenarbeitslosigkeit.

Vier Faktoren machen das Bild für Ostdeutschland noch düsterer, als es zunächst erscheint.

- Erstens ging hier die Anzahl erwerbstätiger bzw. arbeitssuchender Frauen je 1.000 Frauen zwischen 15 und 65 Jahren seit 1991 von 772 auf 730 zurück, was aber nicht Ausdruck sinkender „Erwerbsneigung“ ist, sondern zumeist von Resignation angesichts der aussichtslosen Lage. Das bestätigt der Anteil Langzeitarbeitsloser, die im Amtsbezirk bei Männern bei 21,1, bei Frauen aber 36,6 Prozent der Arbeitslosen beträgt.

- Zweitens gehen dramatische Situationen auf dem Arbeitsmarkt vor allem zu Lasten der Frauen. Waren noch im Dezember 44 Prozent aller vom Arbeitsamt Leipzig in ein Arbeitsverhältnis Vermittelten Frauen, so waren es im Januar nur noch 36.

- Drittens sind es vor allem Frauen, die sich mit 520-Mark-Jobs begnügen müssen – mit Putzen in Haushalten (23,5 Prozent) und Betrieben (14,7), Aushilfe im Krankenhaus, Saisonjobs usw., Tätigkeiten meist fernab von der gegebenen Qualifikation.

- Viertens ist in jüngster Zeit die Anzahl der Alleinerziehenden unter den Arbeitslosen überproportional gestiegen. Rund 7.000 sind es im Raum Leipzig. Und das sind ja vorwiegend Frauen.

(aus: *Leipzigs Neue*, Nr. 5/98, 6.3.98)

Nach dem Mißerfolg des Volksbegehrens in Brandenburg beginnt nun eine Volksinitiative in Berlin

Transrapid: Der Widerstand geht weiter

Das Volksbegehren in Brandenburg gegen den geplanten Transrapid ist knapp gescheitert. Knapp 70.000 Menschen konnten mobilisiert werden, zu ihrem örtlichen Rathaus zu gehen und sich in die (nur dort!) ausliegenden Listen für das Volksbegehren einzutragen. 80.000 wären nötig gewesen, um eine neuerliche Debatte im Landtag zu erzwingen und – falls die Mehrheit im Landtag an ihrer Unterstützung des Vorhabens festhält – einen daran anschließenden Volksentscheid, der dann zeitgleich mit den Bundestagswahlen durchzuführen gewesen wäre. Dieses Vorhaben ist nun also gescheitert. Aber der Widerstand gegen das milliardenteure Projekt geht weiter.

Die im Brandenburger „Bündnis gegen den Transrapid“ vereinigten Gruppen und Parteien (PDS, Grüne, Grüne Liga, BUND und andere Gruppen, in Berlin z.B. die „Bürgerinitiative Staaken gegen den Transrapid“) wollen nun im benachbarten Berlin eine „Volksinitiative“ starten. Laut Berliner Verfassung sind dafür zwar knapp 90.000 Unterschriften nötig, also 20.000 mehr, als in Brandenburg zusammenkamen.

Aber: in Berlin sind auch die Bedingungen günstiger. Erstens, weil in dem Stadtstaat auch mehr Menschen leben (knapp 3,5 Millionen verglichen mit 2,5 Millionen in Brandenburg), so daß proportional zur Bevölkerungszahl weniger Unterschriften gesammelt werden müssen. Zweitens sind die Menschen in Berlin auch räumlich leichter erreichbar. Vor allem aber: Für die Volksinitiative darf laut Berliner Verfassung sechs Monate

lang gesammelt werden (in Brandenburg knapp 3 Monate), und die Unterschriften können auch auf öffentlichen Infoständen gesammelt werden.

Ende März / Anfang April soll das Vorhaben in Berlin offiziell starten, so daß dann bis etwa Anfang Oktober gesammelt werden kann – also z.B. auch während des gesamten Bundestagswahlkampfes. Die Berliner Landesvorstände von PDS, Bündnis 90/Grüne, BUND, Grüne Liga u.a. in Berlin haben bereits zugestimmt.

Auch die verkehrspolitische Sprecherin der Brandenburger PDS-Landtagsfraktion, Anita Tack, war deshalb trotz des Mißerfolgs der Brandenburger Aktion nicht entmutigt. Sie bekräftigte vielmehr die vielen guten Gründe, das Vorhaben abzulehnen, und kündigte weiteren Widerstand an. Hier ihre Erklärung zum Ausgang des Brandenburger Volksbegehrens.

(rül)

„Das Volksbegehren gegen den Transrapid ist gescheitert. Dem Aktionsbündnis ist es nicht gelungen, Gegnerinnen und Gegner in ausreichender Zahl zu mobilisieren.“

Für uns bleibt die Erfahrung einer guten Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen, mit BUND, Grüner Liga, mit Bündnis 90/Die Grünen Brandenburg und anderen im Aktionsbündnis gegen den Transrapid. Es bleibt die Erfahrung vieler Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern zur Verkehrspolitik. Und es bleibt

der Eindruck, daß das Projekt Transrapid in Brandenburg von sehr vielen Menschen abgelehnt wird. Die Ablehnung gründet sich nicht, wie von den Befürwortern immer wieder behauptet, auf eine blinde Fortschritts- und Technikfeindlichkeit.

Die Ablehnung stellt den verkehrspolitischen Sinn des Vorhabens in Frage. Die Bürgerinnen und Bürger lehnen das Projekt ab, weil sie die über 10 Milliarden DM, die der Staat dafür ausgibt, angesichts der fortgesetzten Einschnitte bei Sozialleistungen, bei der Förderung der regionalen Wirtschaft, bei der Kommunalfinanzierung oder bei der Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs für unzulässig halten.

In Brandenburg werden zum Fahrplanwechsel im Regionalverkehr der Bahn voraussichtlich am 24. Mai '98 weitere 14 Strecken stillgelegt – weil das Land kein Geld für leistungssteigernde Investitionen einsetzt. Die Tarife werden 1998 für die meisten ÖPNV-Nutzer in Berlin und Brandenburg wieder steigen – hier liegen die Gründe für die Ablehnung eines Projektes, das in Brandenburg kein einziges Problem löst.

Daran wird der Mißerfolg des Volksbegehrens nichts ändern.

Der Widerstand geht weiter. Wir werden im Aktionsbündnis weitere Aktivitäten wie Massenpetitionen an den Deutschen Bundestag, Klagen zum Planfeststellungsverfahren und die beabsichtigte Volksinitiative im Land Berlin unterstützen.

Nach wie vor gilt:

1. Die Transrapidstrecke ist verkehrspolitisch unsinnig, weil die für die Planung erstellte Bedarfsprognose von jährlich 14 Millionen Passagieren jeder Grundlage entbehrt.
2. Der Transrapid verschwendet Steuermilliarden. Die finanziellen Risiken liegen nicht bei den Transrapid-Herstellern Siemens, Thyssen und Adtranz, sondern ausschließlich bei der öffentlichen Hand, und in das Finanzierungskonzept sind nicht alle Kosten einbezogen.
3. Der Transrapid zerstört Natur und Landschaft, erzeugt Lärm, verschwendet Energie und schädigt Menschen, Pflanzen und Tiere.
4. Der Transrapid widerspricht den Zielen der Landesplanung und Raumordnung Brandenburgs und verhindert eine zukunftsfähige Strukturentwicklung für das Land.
5. Der Transrapid entwertet Häuser und Grundstücke, reduziert die Lebensqualität, erzeugt gesundheitliche Schäden durch Lärm und vernichtet Arbeitsplätze.

Die, wie schon im Falle des Havelausbaus erneut deutlich gewordenen Schwächen des Verfahrens „Volksbegehren“ werden wir analysieren und in Abstimmung mit den Beteiligten eine Novelle der gesetzlichen Grundlagen anregen.“
(Potsdam, 3. März 1998)

ENERGIE-EINKAUFS-GESELLSCHAFT:

Elms-horn. Das neue Energiewirtschaftsgesetz ist im Bundestag

durch die Koalitionsmehrheit verabschiedet und kann somit zum 1. Mai in Kraft treten. Mit der Liberalisierung des Energiemarktes wird die Existenz vieler Stadtwerke in Frage gestellt. In den Kommunen werden Möglichkeiten diskutiert, um diese Gefahr abzuwenden. Als ein Weg wird von bisher 34 Kommunen in Schleswig-Holstein gesehen, eine Energie-Einkaufsgesellschaft in Form einer GmbH mit Sitz in Elmshorn zu gründen. Die Einkaufsgesellschaft tritt als Großkunde auf und kann für alle beteiligten Stadtwerke bei den Energiemonopolen günstigere Preise aushandeln als jedes Stadtwerk allein für sich. Dieser Ansatz ist zu begrüßen, wenn dann auch an alle Kunden die günstigeren Tarife weitergegeben werden, und nicht, wie in Schweden nach der Liberalisierung des Strommarktes geschehen, die Großkunden ihre Energie 30 % billiger bekommen und die Klein- und Mittelverbraucher eine Preissteigerung von 7 % hinnehmen müssen. In Elmshorn fordert die CDU, die örtlichen Stadtwerke über die Umwandlung in eine GmbH „fit“ zu machen. Bedenken gegen eine Umwandlung äußerten bisher die Bürgermeisterin, die WEG/Die Grünen und die ÖTV. Anfang März erschienen zur Kollegiumssitzung etwa 60 Beschäftigte der Stadtwerke, um ihre Sorge um den Fortbestand der Arbeitsplätze zum Ausdruck zu bringen.

FLUGHAFEN-PRIVATISIERUNG:

Hamburg. Der Flughafen Hamburg (FHG), an dem Hamburg mit 64 %, der Bund mit 26 und Schleswig-Holstein mit 10 % beteiligt sind, soll zum Teil an private Interessenten veräußert werden. Darüber will der Senat nach Angaben der Wirtschaftsbehörde noch im Sommer entscheiden. Hamburg will allerdings mindestens 50 % der Anteile halten, um weiterhin maßgeblichen Einfluß auf den Flughafen zu nehmen. Als Interessenten gelten der Essener Hochtief-Baukonzern sowie verschiedene Flughafen-Betreiber-gesellschaften. „Bankenkreise“ sehen die möglichen Erlöse der Anteilsverkäufe durch die Politik der rot-grünen Koalition geschmälert, die zunächst die S-Bahn-Anbindung des Flughafens auf Eis gelegt hat. Offensichtlich soll der Preis für die lukrativen Anteile gedrückt werden. Immerhin rechnet die FHG bei einem Jahresumsatz von 330 Mill. DM 1997 mit einem Überschuß von über 44 Mio. DM.

FUSSBALL-FANPROJEKTE: *Aue/Dresden.* Vom 9. bis 11. März tagte die Bundesarbeitsgemeinschaft Fanprojekte beim FC Erzgebirge in Aue. Die jugendpolitische Sprecherin der PDS-

Fraktion im Sächsischen Landtag forderte hier die Rücknahme der Kürzungen für Jugendarbeit überhaupt. Sie begründete das so: „Gerade in der letzten Zeit haben die Auseinandersetzungen zwischen ostdeutschen Fangruppen am Rande von Fußballspielen zugenommen. Dem zu begegnen sind Fanprojekte eine Möglichkeit. Allerdings werden Fanprojekte vom DFB nur dann finanziell unterstützt, wenn die Vereine in der 1. oder 2. Liga spielen. Um die Gewaltspirale in sächsischen Stadien und am Ende von Spielen sächsischer Fußballmannschaften zurückzudrehen, muß die sächsische Staatsregierung nicht nur die sächsischen Fußballfanprojekte fördern, sondern vor allem die Kürzungen der Mittel für die präventive Jugendarbeit um mehr als 4 Mio DM zurücknehmen.“

ESSENZUSCHUSS: *Emmendingen.* Im Rahmen der Beschlüsse zum Haushalt 1998 hat der Emmendinger Gemeinderat den Essenzuschuß für die Bediensteten der Stadtverwaltung gestrichen. Die besondere sozialdemokratische Note bekam dieser Vorgang dadurch, daß der Personalrat dazu nicht gehört wurde, obwohl das vorgeschrieben ist. Der Personalrat seinerseits läßt das nicht auf sich beruhen und beginnt eine Unterschriftensammlung gegen die Streichung des Zuschusses. In der darauffolgenden Gemeinderatssitzung meldet sich der Personalratsvorsitzende zu Wort, um den Protest des Personals zum Ausdruck zu bringen. Er schlägt vor, daß die Mitglieder des Gemeinderates wegen der angespannten Haushaltslage auf das Wurst- oder Käseweckle verzichten, das sie in den Pausen der Gemeinderatssitzungen verzehren – bzw. daß sie dieses Weckle durch Abzug vom Sitzungsgeld bezahlen. Ein regelrechter Tumult brach los, die Empörung war parteiübergreifend. Einer der rechtesten Gemeinderäte nutzt nun diese Situation, indem er einen Antrag stellt auf Streichung der Gemeinderatsweckle. Anscheinend hat kein anderer Gemeinderat genug politisches Gespür (plus Parteilichkeit), um die Bedeutung dieses Vorgangs zu erkennen – vermittelt wird: gespart wird in erster Linie bei den kleinen Leuten.

BÜRGERRECHTE: *München.* Die Bürgerversammlung in Bayerns Gemeinden sollen allen Gemeindemitgliedern offenstehen. Das hat der Bayerische Gemeindetag bei einer Versammlung Anfang März in München gefordert. Bislang ist die Teilnahme und das Recht, sich auf einer Bürgerversammlung zu Wort zu melden, an die Wahlberechtigung geknüpft. Bei einer Öffnung der Bürgerversammlungen könnten auch ausländische Gemeindemitglieder und Jugendliche ihre Vorstellungen und Forderungen einbringen.

Zusammenstellung: baf/ulj



Am 5. März fand der zweite bundesweite Aktionstag der Arbeitsloseninitiativen statt. „Fleißige Vorarbeit, vielseitiges Programm“, so der Kommentar der Schweinfurter Initiative, die unter dem Motto „Aufstehen für Arbeit“ 200 Menschen mobilisieren konnte (siehe Bild oben). Auch in Mann-



heim (Bild unten) nahmen mit rund 300 Menschen weniger teil als am 1. Protesttag. Dagegen waren in Essen mit 200 bis 300 mehr gekommen, um mit einer Demonstration vom Arbeitsamt zur IHK auf die Situation von Arbeitslosen aufmerksam zu machen.

BERLIN WIEDER MITGLIED IM ARBEITGEBERVERBAND:

Nach vierjährigem Ausschuß ist die „Arbeitsrechtliche Vereinigung Berlin“ wieder Mitglied in der Vereinigung Kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA). Der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Berlin gehören 50 öffentliche Arbeitgeber an, bei denen allein ca. 65 000 Arbeiter/innen beschäftigt sind, darunter die großen Versorgungsbetriebe (BSR, BVG, Gasag, Wasserbetriebe). Die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hält dagegen am Ausschuß Berlins fest.

Der Ausschuß Berlins erfolgte aufgrund der Tatsache, daß Berlin 1994 die Tarifeinkommen für die Landesbeschäftigten im Ostteil der Stadt per Gesetz in wenigen Stufen auf 100% hochsetzte, während in den anderen neuen Bundesländern das Einkommensniveau zur Zeit 85% beträgt. Diese Erhöhung hatten sich die Beschäftigten sowohl durch eigene Aktivitäten als auch mittels von Gerichten erkämpft. *har*

TEILZEITBESCHÄFTIGTE:

Bundesarbeitsgericht setzt Diskriminierung ein Ende. Nach dem Bundesangestelltentarifvertrag-West (BAT-W) ist die ordentliche Kündigung von Arbeitnehmer/innen, die eine Beschäftigungszeit von 15 Jahren zurückgelegt und das 40. Lebensjahr vollendet haben, ausgeschlossen. Diese Kündbarkeitsregelung soll nach dem Wortlaut des BAT-W nur für Angestellte gelten, deren arbeitsvertraglich vereinbarte durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeits-

zeit mindestens die Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit einer/s vollbeschäftigten Angestellten beträgt. Für den Arbeiterbereich galt sogar die Voraussetzung, daß die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit mindestens 30 Stunden betragen muß. Das Bundesarbeitsgericht hat dieser diskriminierenden Regelung ein Ende gesetzt. Mir Urteil vom 18.9.97 (2 AZR 592/96) hat es festgestellt, daß die Differenzierung zwischen Teil- und Vollzeitbeschäftigten im BAT-W gegen den Gleichheitsgrundsatz verstößt und daß dieser Gleichheitsverstoß nur dadurch geheilt werden kann, wenn die sogenannte Kündbarkeitsregelung auch auf unterhältig beschäftigte Angestellte angewandt wird. Das BAG hat darauf hingewiesen, daß dies auch für Änderungskündigungen gilt. *har*

Quelle: Information der ÖTV Berlin, Bezirksfrauensekretariat

SWR-STAATSVERTRAG:

IG Medien fordert Novellierung. Die IG Medien Baden-Württemberg fordert die Landesregierungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz auf, umgehend den Staatsvertrag des Südwestrundfunks staatsferner zu gestalten. Es sei zum Beispiel nicht verfassungsgemäß, daß die aus dem Rundfunkrat gewählten VertreterInnen zum Verwaltungsrat keine StellvertreterInnen in diesem Gremium hätten, im Gegensatz zu den von der Landesregierung benannten Mitgliedern. Diese Regelung würde den Einfluß des Staates bei der an sich schon unerträglich hohen Staatsquote beim Verwal-

tungsrat noch verstärken.

Darüber hinaus sollten bei der Novellierung des SWR-Staatsvertrages auch gleich einige andere verfassungsrechtlich bedenkliche Schönheitsfehler getilgt werden, wie zum Beispiel die nicht vorhandene Frauenquote in den Gremien, das Entfernen der SchriftstellerInnen aus dem Rundfunkrat und die Festbeschreibung der Programme im Staatsvertrag selbst.

Zu der gegenwärtig erarbeiteten Satzung des Südwestrundfunks fordert die IG Medien, daß die Stellen der leitenden Persönlichkeiten ausgeschrieben werden müssen und nicht vom Intendanten benannt werden können. Darüber hinaus sei es notwendig, daß in der Satzung grundsätzlich ein Redaktionsstatut für die RedakteurInnen des Südwestrundfunks verankert sei.

PAPIER- U. KUNSTSTOFF-VERARBEITUNG:

Lohn- und Gehaltserhöhung für 1998 noch nicht in Sicht. Die zweite Lohn- und Gehaltsverhandlung für die Papier- und Kunststoffverarbeitung am 12. März 1998 in Frankfurt/Main führte in der Einkommensfrage zu keinem Ergebnis. Ein Thema jedoch, das seit Oktober 1997 die Gespräche mit dem Hauptverband der Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitenden Industrie (HPV) und die Diskussion in den Betrieben geprägt hat, konnte abschließend geklärt werden: Die Forderung der Unternehmer nach Streichung der 35-Stunden-Woche ist endgültig vom Tisch. Ab 1. April 1998 gilt für alle Beschäftigten in den Betrieben

der Papier- und Kunststoffverarbeitung die 35-Stunden-Woche. Mit dem HPV konnte die ab 1. April 1998 geltende neue Lohntabelle vereinbart werden, die sich aus dem Tariflohnausgleich für die Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 36 auf 35 Stunden ergibt. Die Stundenlöhne erhöhen sich damit um 2,86 Prozent. Die IG Medien machte zu Beginn der Verhandlungen erneut deutlich, die Tarifrunde 1998 sei eine reine Lohn- und Gehaltsrunde. Auch die aktuellen statistischen Daten zur wirtschaftlichen Lage zeigten, daß es in der Papier- und Kunststoffverarbeitung durchaus Produktionszuwächse gibt. Für 1998 sei ein Anstieg der Produktivität von 2,5 bis 3 Prozent zu erwarten. Eine Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen sei demzufolge durchaus zu verkräften.

Der HPV lehnte dagegen für 1998 weiterhin jegliche Erhöhung der Einkommen für die Beschäftigten ab. Seiner Meinung nach gibt es über den Lohnausgleich hinaus in dieser Tarifrunde nichts zu verteilen, es sei denn, die IG Medien wäre bereit, die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden Kosten durch Zugeständnisse an anderer Stelle auszugleichen. Ohne daß der bekannte "Gruselkatalog" von Gegenforderungen im einzelnen benannt wurde, ist zu erkennen, daß die Arbeitgeber in der Tarifrunde 1998 erneut einen Angriff auf den ungekündigten Manteltarifvertrag starten wollen.

Die nächste Tarifverhandlung wurde für den 6. Mai 1998 vereinbart. *PM IG Medien*

Verhandlungen gescheitert

Wie nicht anders zu erwarten, sind die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst in der 6. Runde am 3./4. März gescheitert. Die Arbeitgeberseite hat unmittelbar danach die Schlichtung angerufen. Somit herrscht ab sofort Friedenspflicht. Bis spätestens Ende dieses Monats müssen die Schlichter den Tarifvertragsparteien einen Schlichtungsvorschlag unterbreiten. Anschließend haben diese drei Tage Zeit, darüber nochmals in Verhandlungen einzutreten. Stimmberechtigter Schlichter ist dieses Mal der von der Gewerkschaftsseite vorgeschlagene ehemalige Bremer Bürgermeister Hans Koschnik (SPD). Nach den ersten Gesprächen am vergangenen Mittwoch und Donnerstag hat Koschnik bereits angekündigt, daß er sich bis Ende März Zeit nehmen will.

Gäbe es keine Friedenspflicht, so wären weitere spontane Streiks durchaus im Bereich des Möglichen. Das in den Medien immer sehr verkürzt dargestellte „Angebot“ der Arbeitgeberseite beinhaltet eine ganze Reihe von Angriffen auf Tarifvertragsbestandteile, die bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst Erbitterung hervorriefen. Im Schnitt, so die Berechnung der Gewerkschaften, stehen dem 1%-Angebot der Arbeitgeber Kürzungen von insgesamt 5,6% gegenüber. Und das ohne irgendein Zugeständnis bei Beschäftigungssicherung, bei Arbeitszeitverkürzung oder Angleichung Tarifgebiet Ost an West.

Die Gewerkschaften hätten erst einmal diese Kürzungen als Vorbedingung akzeptieren müssen, nur dann stand das 1%-Angebot überhaupt. Neben dieser Vorbedingung verärgerte auch das Auftreten und die Argumentation der Arbeitgeberseite die Beschäftigten. Nach ihren Äußerungen soll der öffentliche Dienst im Osten erst einmal warten, bis das Einkommensniveau des Privatsektors um 5 Prozentpunkte gestiegen ist, wobei ausdrücklich nicht das Tarifniveau gemeint war. Hinzu kommt, daß die öffentlichen Arbeitgeber vertreten, die Angleichung der Lebensverhältnisse werde noch 30 Jahre auf sich warten lassen, und der Einigungsvertrag, der die Angleichung vorschreibt, sei unwichtig.

Besondere Beachtung aber fand die mehrfach geäußerte Position von Kanther, der öffentliche Dienst hätte die vom Gesetzgeber erlassenen Gesetze – trotz Öffnungsklauseln für tarifvertragliche Regelungen – schlicht und einfach zu übernehmen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Verschlechterungen bei der Beamtenversorgung (von denen im übrigen keine B-Besoldungsempfänger, also die wirklich gut dotierten Positionen, betroffen sind), die Übertragung von gesetzlichen Regelungen bezieht sich ebenso auf die Verschlechterung bei der Lohn-

fortzahlung oder auf Arbeitszeitregelungen. Hier bahnt sich ein Wechsel an in der Einstellung des „Arbeitgebers ö.D.“ als Tarifvertragspartner hin zum Dienstherrn als Gesetzgeber. Fordern die Gewerkschaften für die Beamten „Verhandeln statt Verordnen“, so stellt sich Kanther auf die Position „Verordnen statt Verhandeln“ für alle.

Im folgenden sollen einige Details der den Gewerkschaften abverlangten Vorleistungen erläutert werden.

Lohnfortzahlung im Krankheitsfall: Für jeden Tag einer krankheitsbedingten Arbeitsunfähigkeit wird die Zuwendung (Weihnachtsgeld, derzeit ca. 93% eines Gehalts) um einen Prozentpunkt gekürzt und zwar für jeden Krankheitsfall bis zur Dauer von sechs Wochen. Für 5 Tage Arbeitsunfähigkeit kann stattdessen auch auf 1 Tag Erholungsurlaub verzichtet werden. D.h. je Krankheitsfall kann bis zu 30 Prozentpunkte des Weihnachtsgeldes gekürzt werden. Außerdem wird die Lohnfortzahlung noch dadurch gekürzt, daß Zuschläge für Schicht-, Wechsel- oder Rufbereitschaft nicht mehr berücksichtigt werden soll.

Beschäftigungssicherung Ost und kollektive Teilzeitarbeit: Zur Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen können bezirkliche Tarifverträge vereinbart werden, die eine Verkürzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit für längstens 5 Jahre beinhalten. Dabei soll gelten: Bei einer Herabsetzung auf bis zu 65% der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit kann ein Teillohnausgleich vereinbart werden. Erst bei einer weiteren Herabsetzung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit auf unter 65% ist für diese zusätzliche Herabsetzung ein Teillohnausgleich zu vereinbaren. Diese Regelung soll aber nicht für Lehrer und das wissenschaftliche Personal an Hochschulen gelten. Hier rächt sich, daß die GEW bereits häufig tarifliche Vereinbarungen abgeschlossen hat, die eine Zwangsteilzeit ohne jeglichen Teillohnausgleich beinhalten.

Für das Tarifgebiet West wird zum Thema Beschäftigungssicherung gar nichts vorgeschlagen.

Arbeitszeit: Kein Angebot zur Arbeitszeitverkürzung. Samstagsarbeit wird künftig wie normale Arbeitszeit bezahlt, Zuschläge entfallen. Überstundenzuschläge soll es nur noch außerhalb der Rahmenzeit von Montag bis Freitag 6–20 Uhr und Samstag 6–14 Uhr geben. Die Arbeitgeber verlangen, daß über die im Gesetz mögliche Ausdehnung der Arbeitszeit über die Grenzen des Arbeitszeitgesetzes hinaus verhandelt wird.

Zusatzversorgung: Einführung einer Eigenbeteiligung ab 1.7.98 von 0,4%, die in den folgenden Jahren stetig steigen



Aktionen der ÖTV in der 1. Märzwoche. Von oben nach unten: Elmshorn, Köln, Stuttgart, Freiburg

→ soll. Zusätzliche Versteuerung des sogenannten geldwerten Teils der Zusatzversorgung, was nach ersten Schätzungen ca. 2% Einkommenskürzungen (im Westen) bedeuten würde. Verlängerung des Bemessungszeitraums auf 45 Beitragsjahre, Anpassung, sprich Senkung, der Anrechnung von Zulagen. Erhebliche Abschlüsse bei den Leistungen, die insbesondere Frauen und Erwerbsunfähige treffen werden, wobei hier die tarifliche Verschlechterung noch vor der gesetzlichen in Kraft treten soll.

Diese erneuten Angriffe auf die Zusatzversorgung empört vor allem die langjährig Beschäftigten im öffentlichen Dienst, da sie bis 1973 ihre Eigenbeteiligung erbracht haben und außerdem mit dem Hinweis auf diese Zusatzversorgung von ihnen jahrelang Lohnmäßigung verlangt wurde.

Die Angriffe der öffentlichen Arbeitgeber in diesem Paket treffen vor allem die unteren und mittleren Einkommen, insbesondere in den Bereichen, wo schwere körperliche und Arbeit zu ungünstigen Zeiten erbracht wird. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob die Wut hiergegen anhält und der Widerstand zu mehr ausreicht, als Stimmen für einen Regierungswechsel zu mobilisieren. *har*

IG-Medien-Ortsverein Stuttgart

Schwungvolle Mitgliederversammlung

Fünzig Anwesende auf einer Mitgliederversammlung sind nicht viel, wenn der Ortsverein einer Gewerkschaft 4 000 Mitglieder hat. Aber eigentlich doch, wenn man in Betracht zieht, daß die Beteiligung bei anderen Vereinen auch nicht besser ist, und der Besuch in den letzten Jahren oft noch viel geringer war. Vor allem aber hatte der Stuttgarter Ortsverein der IG Medien damit zu kämpfen, daß der vor drei Jahren gewählte Vorstand durch Rücktritte schon in der Mitte seiner Amtsperiode nicht mehr arbeitsfähig war.

Die Mitgliederversammlung am 7. März im „Merlin“ war jedenfalls die größte der letzten Zeit, und sie verlief erfolgreich. In der kurzen politischen Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Unentwegten, die die Vorstandsarbeit kommissarisch weitergeführt hatten, spielte die Entwicklung der neuen „Dienstleistungs-Gewerkschaft“, in der die IG Medien in wenigen Jahren aufgehen soll, fast keine Rolle. Den Mitgliedern scheint es wichtiger, die Arbeit „an der Basis“ von ihren Bedürfnissen her zu organisieren, der große Rahmen scheint ihnen dabei nicht soooo wichtig zu sein. Arbeitslosigkeit, Betriebsschließungen, Veränderungen in den Betrieben waren die Diskussionspunkte.

Sehr erfreulich war die Beteiligung an

der Wahl des neuen Ortsvereinsvorstands. Elf Mitglieder sollte er umfassen, war der Vorschlag. Es meldeten sich aber dreizehn, die mitarbeiten wollen: ein älterer Kollege, der schon vor zwanzig Jahren mal Vorstandsarbeit gemacht hat, und eine ganz junge Schriftsetzerin, die neu in die Arbeit einsteigen will, der Vertreter einer Arbeitsloseninitiative, ein junger Buchbinder, der gesehen hat, daß in diesem Bereich die Arbeit brachliegt, Kolleginnen aus dem Rundfunk, ein ausländischer Kollege usw. – eine gute Mischung der Fachgruppen und Erfahrungen.

So ist zu hoffen, daß die Ortsvereinsarbeit der IG Medien einen neuen Aufschwung nimmt. Neben den weiteren Wahlen hatte die Versammlung auch ihren kulturellen Teil. Das ist bei der IG Medien in Stuttgart schon gute Tradition. *ulk*

Betriebsrätearbeitskreis Einzelhandel

Solidarisch mit Kaufhof-Belegschaft

FREIBURG. Als Reaktion auf den Einigungsstellenspruch Kaufhof und den sich durchsetzenden 19.00 - Ladenschluß wurden beim Kaufhof 9 Kündigungen ausgesprochen und Modernisierungsgelder gestrichen.

Mit diesem Maßregelungsversuch will der Kaufhof-Konzern Druck auf Betriebsrat und Belegschaft ausüben. „Nahzu die gesamte Kaiser-Joseph-Straße (die Freiburger Einkaufsstraße, d.Red.) hat beim neuen Arbeitszeitende mitgezogen. Selbst der Einzelhandelsverband Südbaden e.V. hat erklärt, daß das Arbeitszeitende 19.00 Uhr ein Freiburger Modell werden könnte. Dieses Ergebnis ist der Verdienst der HBV-Betriebsräte, die sich energisch für ein einheitliches Arbeitszeitende von Montag bis Freitag eingesetzt haben – mit Erfolg!“ schreibt die Gewerkschaft HBV in ihrem Flugblatt. Gegen die Maßnahmen des Kaufhof Konzern schreiben die Betriebsräte des Betriebsrätearbeitskreises Einzelhandel Freiburg in ihrer gemeinsamen Erklärung:

„In seiner Sitzung am 16.2. hat der Betriebsrätearbeitskreis Einzelhandel Freiburger Innenstadt diskutiert, mit welchen Mitteln der Vorstandsvorsitzende der Kaufhof AG, Herr Mandac, versucht, die Belegschaft und den Betriebsrat bei Kaufhof Freiburg unter Druck zu setzen. Mit Wut und Empörung nimmt der Betriebsrätearbeitskreis Einzelhandel in der Freiburger Innenstadt zur Kenntnis, daß dringend notwendige Umbauinvestitionen im Kaufhof Freiburg, die noch vor dem Spruch der Einigungsstelle beim Kaufhof Freiburg vom Aufsichtsrat der Kaufhof AG abgesegnet worden waren, einseitig über den Aufsichtsrat hinweg von Herrn Mandac zurückgezogen wur-

de. Dem nicht genug, wird von der örtlichen Geschäftsleitung der Versuch unternommen, durch Ausspruch von insgesamt 9 Kündigungen, die Belegschaft bei Kaufhof zu „disziplinieren“. Diese selbstherrlich getroffene unternehmerische Entscheidung des Herrn Mandac und der weitere Personalabbau trotz bereits bestehender Personalknappheit bei Kaufhof Freiburg stößt auf das völlige Unverständnis der Betriebsräte des Betriebsrätearbeitskreises in der Freiburger Innenstadt. Hinter den neun Kündigungen und der Streichung der bereits bewilligten Umbaukosten steckt die Ideologie, mit Biegen und Brechen ohne Rücksicht auf Verluste an einem Arbeitszeitende 20.00 Uhr festzuhalten. Da in dem Einigungsstellenverfahren bei Kaufhof Freiburg anders entschieden wurde, sollen die Kolleginnen und Kollegen bei Kaufhof als abschreckendes Beispiel vorgeführt werden, um andere Filialen der Kaufhof AG daran zu hindern, ebenfalls ein früheres Arbeitszeitende in ihrer Filiale zu fordern.

Wir, die Betriebsräte des Betriebsrätearbeitskreises des Einzelhandels in der Freiburger Innenstadt erklären uns solidarisch mit den Kolleginnen und Kollegen bei Kaufhof Freiburg und fordern Herrn Leers als Geschäftsleitung auf, die 9 Kündigungen umgehend zurückzunehmen und für den Erhalt des Standortes Kaufhof Freiburg durch die Umsetzung des Galeria-Konzeptes zu sorgen.“

(Betriebsräte Hertie, Oberpaur, Kaufhof, Rombach, Herder, Walthari, Kaiser-Damen, Kaiser-Herren, Hettlage, Woolworth und Breuninger) *clm*

KAUTEX, Waldkirch

Bilanz einer Beschäftigungsgesellschaft

WALDKIRCH. Auf der letzten Sitzung des DGB-Ortskartells am 2.2.98, war Thema: Möglichkeiten und Perspektiven einer örtlichen Beschäftigungssicherungs-Gesellschaft. Hierzu war auch der Waldkircher Bürgermeister Leibinger eingeladen. Im Verlauf der lebhaften Diskussion berichteten auch Betriebsräte von KAUTEX über den Stand der Umsetzung ihrer Qualifizierungsbemühungen im Rahmen der letztjährigen Massenentlassung. An dem „Modell Kautex“ wurden in der Sitzung Zweifel und Kritik geäußert.

Der folgende Bericht basiert auf einem anschließenden Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Kautex, Kollegen Scherer.

Der „Unterstützungs- und Qualifizierungsverein KAUTEX“, gebildet aus 7 Kautex-Mitarbeitern (darunter Betriebsräte) und einem Mitglied der Waldkircher Geschäftsleitung, war letztes Jahr aus einer ganz bestimmten Patt-Situation heraus entstanden. In den Sozialplanverhandlungen um die damals

über 100 von Entlassung Bedrohten ging überhaupt nichts mehr. Der vom Betriebsrat vorgelegte Beschäftigungssicherungsplan für das Waldkircher Werk wurde von der Gegenseite vom Tisch gewischt. Die Kautex-Geschäfts- und auch Konzernleitung wollte unter keinen Umständen das Sozialplan-Volumen erhöhen, u.a. auch weil in anderen Kautex-Konzernteilen bereits schlechtere Pläne verabschiedet worden waren.

Die Idee, über die Schiene „Qualifizierung“ weitere Gelder locker zu machen, kam u.a. auch auf Anregung verschiedener Diskussionen, die letztes Jahr auf Unterstützerversammlungen geführt worden waren.

Schließlich wurde in zähen, von vielen aus der Bevölkerung, Parteien und Gemeinderat getragenen Aktionen begleiteten Verhandlungen eine höhere Sozialplansumme erreicht. Das Verhältnis von ausbezahlten Sozialplanbeträgen und Qualifizierungsfinanzierung ist 3:1.

Einzelne Betriebsräte haben daraufhin in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt Waldkirch und der Beratungsfirma BIT alle Betroffenen angeschrieben, zig Beratungs- und auch Überzeugungsgespräche geführt, mit zahlreichen Firmen im gesamten Kreis verhandelt und können bis heute folgende Bilanz vorweisen:

Von ca. 80 Entlassenen konnten 60 bis 70 Betroffene in Arbeitsverhältnisse, verbunden mit Qualifizierungsmaßnahmen, die aus dem Verein bezahlt werden, vermittelt werden. Allerdings viele davon nur in befristete Verhältnisse, bei denen jedoch die Qualifizierungsgelder nur bei endgültiger Übernahme ausbezahlt werden. Etwa 15 der 70 vermittelten ehemaligen Mitarbeiter befinden sich in Umschulungsmaßnahmen, während derer aus dem Qualifizierungstopf 20% aufs Unterhaltsgeld aufgezahlt werden.

Warum mußte viel Zeit auf Beratung und auch Überzeugungsarbeit verwendet werden? Viele Kollegen waren sehr skeptisch gegenüber dem Qualifizierungskonzept, hatten Scheu, vor allem in einem bestimmten Alter, nochmal etwas Neues zu lernen. Außerdem konnten sich manche nicht vorstellen, daß angesichts der seit Jahren auf uns einprasselnden Kürzungen und Sparmaßnahmen ausgerechnet die „Kautex-Masche“ funktionieren sollte.

Fazit: aus der Not geboren, ist das „Kautex-Modell“ sicher nicht das einzig mögliche und sollten in die aktuelle DGB-Diskussion auch andere Erfahrungen mit einfließen. Aber eine Alternative zur (sofortigen) Arbeitslosigkeit und Verbesserungen von Umschulungsmöglichkeiten wurden erreicht.

Die neuesten Aussichten bei Kautex sind allerdings weiterhin düster: der Bereich Automobilzulieferung ist inzwischen völlig ausgegliedert. Als nächstes soll die Konstruktion dran kommen. Der Betriebsrat wird weiterhin massiv erpreßt: z.B. 40-Stundenwoche ohne Lohn-



ESSEN. Mehrere hundert Siemens-Beschäftigte demonstrierten am 2.3.98 zur Betriebsversammlung im Saalbau. Mit Transparenten wie „Siemens – wir vernichten Familien“ protestierten sie gegen die Ausgliederung der Montagebereiche und die Anwendung der schlechteren Handwerks-Tarifverträge (s. vorige Ausgabe). Die Betriebsversammlung war mit über 1 600 Beschäftigten viel besser besucht als erwartet. Etliche Teilnehmer hatten nicht einmal einen Sitzplatz.

ausgleich oder Austritt aus dem Arbeitgeberverband oder Bestrebungen, den wesentlich niedrigeren Kunststoff-Tarif durchzusetzen. mab

Betriebsratswahl Mannesmann Sachs

CGM gestärkt

SCHWEINFURT. Die Christliche Gewerkschaft Metall (CGM) gewann bei Mannesmann Sachs je einen Sitz im Arbeiter- und Angestelltenbereich hinzu und besetzt jetzt 5 der 29 Betriebsratsmandate, die IG Metall fiel um einen Sitz auf 23 Mandate, die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) büßte einen ihrer beiden Sitze ein. Das genaue Ergebnis wird hier dokumentiert (siehe Tabelle unten). Da die Betriebsratswahlen in vielen anderen Betrieben der Verwaltungsstelle Schweinfurt der IG Metall erst in den nächsten Wochen stattfinden, sind genauere Einschätzungen des Ergebnisses noch verfrüht, es kann jedoch bereits folgendes ausgesagt werden:

- Der Wahlkampf der CGM richtete sich ausschließlich gegen die IG Metall, eine wie auch immer geartete Formulierung von Arbeitnehmerinteressen gegen Konzerninteressen ließ sich nicht finden. Erstmals waren auf der Liste der CGM auch drei türkische Arbeiter als

Kandidaten vertreten, Leute aus dem äußerst rechten politischen Spektrum der türkischen Arbeitsemigranten in Schweinfurt. Auf den ersten Blick scheint es so, daß die CGM sich die politische Rechtsentwicklung bei den türkischen Arbeitern zu Nutze machen konnte und eine Allianz mit nationalistisch-faschistisch gesinnten türkischen Arbeitern bilden konnte.

- Zusätzlich zu den IG-Metall-Verlusten von jeweils 2,7 % im Arbeiter- und Angestelltenbereich muß die um 5–6 Prozent gesunkene Wahlbeteiligung beachtet werden, d.h. die Bindung der Beschäftigten insgesamt zur IG Metall ist in auffällig stärkerem Maße als das relative Wahlergebnis gesunken, was die Interessenvertretung gegenüber dem Kapital nicht erleichtern wird.

- Die Verluste der DAG über ein Jahrzehnt hinweg haben jetzt existenzielle Ausmaße angenommen. Nachdem bei den letzten Wahlen offensichtlich DAG-Wähler im großen Umfang zur IG Metall wechselten, verlief jetzt der Wechsel Richtung CGM. Ob es sich dabei um eine Reaktion auf die aktuelle Orientierung der DAG hin zur Bildung einer gemeinsamen Dienstleistungsgewerkschaft mit verschiedenen DGB-Gewerkschaft handelt, läßt sich ebenfalls einzig aus dem Wahlergebnis bei Mannesmann Sachs noch nicht beurteilen. cls

Angest.	1987	1990	1994	1998
Wahlbeteil.	75,9 %	74,3 %	74,5 %	68,5 %
IG Metall	55,4 % / 4 Sitze	60,7 % / 5 Sitze	67,9 %/6 Sitze	65,2 %/5 Sitze
DAG	31,5 % / 2 Sitze	28,5 % / 2 Sitze	22,7 %2 Sitze	16,5 %/1 Sitz
CGM	13,1 % / 1 Sitz	10,8 % / 1 Sitz	9,4 %/0 Sitze	18,3 %/1 Sitz
Arbeiter	1987	1990	1994	1998
Wahlbeteil.	74,9 %	74,8%	79,5 %	73,8 %
IG Metall	79,6 %/21 Sitze	82,6 %/21 Sitze	82,2 %/18 Sitze	79,4 %/18 Sitze
CGM	20,4 % 5 Sitze	17,4 %/4 Sitze	17,8 %/3 Sitze	20,6 %/4 Sitze

Freiheit für Christian Klar!

Christian Klar soll, wir berichteten, mindestens 26 Jahre, das heißt weitere elf Jahre, in Haft bleiben müssen. Dies gebiete die „besondere Schwere der Schuld“, urteilte das Oberlandesgericht Stuttgart, das damit dem Antrag der Bundesanwaltschaft folgte. Einen Zweck – den der Einschüchterung – scheint die Entscheidung bereits erfüllt zu haben. Öffentliche Kritik blieb bisher fast vollständig aus. Der Linken, aber auch liberalen Kritikern, die sich gegen den großen Lauschangriff oder andere Entwicklungen hin zum autoritären Staat immerhin noch zu Wort gemeldet haben oder die einen teilweise langen Kampf gegen die lebenslange Freiheitsstrafe führen, hat das Urteil augenscheinlich die Sprache verschlagen. Das ist gleich in mehrfacher Hinsicht bedrückend.

Die Praxis des Lebenslang ...

Es gibt die weitverbreitete Auffassung, daß zu lebenslanger Haft verurteilte Gefangene – und das sind fast ausschließlich nach § 211 („Mord“) verurteilte Gefangene – in der Regel nach 15 bis allerhöchstens 20 Jahren entlassen werden. So wandte Oliver Tolmein in einer der ganz wenigen kritischen Stellungnahmen zum Urteil gegen Christian Klar im *Freitag* (6.3) ein: „Zwar wird gemeinhin mit Mördern, auch NS-Massenmördern, wenn überhaupt je wegen Mordes verurteilt, Sexualstraftätern, die Frauen und Kinder gequält und getötet haben, anders umgegangen – sie sitzen in der Regel nicht länger als 20 Jahre ein.“ Das trifft zu für die NS-Verbrechen an der jüdischen Bevölkerung Europas, den Völkern des europäischen Ostens und der Bevölkerung in anderen besetzten Gebieten, an den Roma, an zu „Volksfeinden“ erklärten Minderheiten ..., also für jene Verbrechen, die im Namen Deutschlands und in Ausübung des staatlichen Gewaltmonopols verübt wurden. Ansonsten trifft diese Aussage jedoch nicht zu. Die lebenslange Freiheitsstrafe wird in der BRD durchschnittlich 21 Jahre lang vollstreckt, länger als in jedem anderen Land in Europa. Viele Gefangene sind mehr als 25 Jahre inhaftiert, und in den vom Komitee für Grundrechte und Demokratie durchgeführten Anhörungen gegen die lebenslange Freiheitsstrafe (im Mai 1993 und März 1994) wird sogar von Fällen berichtet, in denen Vollstreckungskammern eine Mindesthaftdauer von 40 und sogar von 50 Jahren (!) für „schuldangemessen“ halten. Für jeden sechsten der zu lebenslang Verurteilten wird das Urteil buchstäblich bis zum Tode vollstreckt: Sie sterben im Gefängnis.

Der OLG-Entscheid gegen Christian Klar ist nicht deshalb so unerträglich, weil die Länge der Mindesthaft völlig einzigartig wäre, sondern er ist auch des-



halb unerträglich, weil die angeordnete Mindesthaftzeit nicht einzigartig ist. Er wirft ein Licht auf die Praxis des „Lebenslang“ und müßte Anlaß für einen neuen Anlauf sein, die lebenslange Freiheitsstrafe als grausam und „Todesstrafe auf Raten“ zu ächten. Darüber hinaus allerdings hat das Urteil angesichts des gegen die Gefangenen aus der RAF praktizierten Sonderrechts und der immer noch praktizierten Sonderhaftbedingungen und angesichts des zugrundeliegenden politischen Konfliktes eine besondere Bedeutung.

... unter den Bedingungen der Isolationshaft für die Gefangenen aus der RAF

Jede langdauernde Haft widerspricht dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und der freien Entfaltung der Persönlichkeit. Leben kann sich nur in einer vielfältigen Wirklichkeit, im freien Austausch mit anderen Personen verwirklichen und entwickeln. Den Menschen, denen diese Möglichkeit auf lange Zeit entzogen wird, wird Furchtbares angetan. Ihre psychische, soziale und wirtschaftliche Existenz wird vernichtet und auch ihre physische Existenz irreparabel beschädigt. Um wieviel mehr gilt dies für

Menschen, die wie die Gefangenen aus der RAF jahre- und jahrzehntelang Isolationshaftbedingungen bis hin zur völligen Kontaktsperre unterworfen waren und immer noch sind und die, als politische Menschen, in ganz hohem Maße auf Kommunikation angewiesen sind.

Gerade Christian Klar ist bis heute in starkem Maße Sonderhaftbedingungen ausgesetzt: wenig Besuche, Postkontrolle, Verbot, an einem Informatik-Fernstudiengang teilzunehmen, Verbot von Interviews, selbst für das Recht, mit Angehörigen zu telefonieren, mußte er fünf Wochen in den Hungerstreik treten.

Auch wenn es schwer sein mag, die potenzierte Gewalt langjähriger Isolationshaft zu (er)messen, gibt es in anderen Ländern Regelungen, erschwerte Haftbedingungen mehrfach anzurechnen. Selbst das Celler Oberlandesgericht hat die Haftbedingungen von Kani Yilmaz im Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh-Prison, wo er 1014 Tage lang in Auslieferungshaft saß, mit dem Faktor 1,2 angerechnet. Würden die Gerichte im Fall der RAF-Gefangenen zu einer halbwegs angemessenen Anrechnung der Sonderhaft gezwungen werden können, könnten, ja müßten nahezu alle *sofort* entlassen werden.

Umgekehrt bedeuten die 26 Jahre Mindesthaft für Christian Klar unter den bekannten Bedingungen, daß Bundesanwaltschaft und OLG mit kalter Berechnung jede Lebensperspektive zu vernichten, in Raten ein Todesurteil zu vollstrecken suchen.

Die Botschaft des Urteils

In diesen Tagen wurde Peter-Jürgen Boock, zu dreimal lebenslanger Haft plus 15 Jahren verurteilt, nach 17 Jahren Haft entlassen, nachdem er bereits viereinhalb Jahre Freigänger war. Peter Jürgen Boock gehörte wie Christian Klar der RAF an, war wie dieser im Zusammenhang mit der Tötung von Ponto und Schleyer verurteilt. (Andere in diesem Zusammenhang Verurteilte wie Susanne Albrecht und Monika Helbig sind als Kronzeuginnen zu Zeitstrafen verurteilt und nach wenigen Jahren entlassen worden.) Im Unterschied zu Peter-Jürgen Boock hat Christian Klar keine Aussagen über (an-



Widerstand gegen das staatliche Gewaltmonopol in Aktion

gebliche) Sachverhalte und die (angebliche) Beteiligung anderer gemacht, weder mit den Verfolgungsbehörden zusammengearbeitet noch sich als „Ex-Terrorist“ der Öffentlichkeit präsentiert und als Kronzeuge für die politische und moralische Verwerflichkeit der RAF und ihrer Politik und die Legitimität der staatlichen „Antiterrorismusbekämpfung“ zu Markte getragen. *Dafür* wird er mit weiteren elf Jahren mindestens abgestraft.

Beides zusammen – die Entlassung Peter-Jürgen Boock und die maßlose Ausdehnung der Haft für Christian Klar – enthält eine an die Öffentlichkeit gerichtete Botschaft: daß der Staat durchaus „Milde“ walten lasse gegen die, die ihre Taten bereuen, Härte aber gegen die, die das nicht tun. Tatsächlich legitimiert die vermeintliche „Milde“ gegen Boock, seine „vorzeitige“ Entlassung, die maßlose Härte gegenüber Christian Klar.

Daß weder Christian Klar noch ein anderer Gefangener aus der RAF sich nach einer Entlassung in den Untergrund absetzen, um den bewaffneten Kampf weiterzuführen, weiß die Bundesanwaltschaft, die die Gefangenen bis in den letzten Winkel kontrolliert, nur zu genau. Das kann jeder wissen, der sich mit den Beiträgen der Gefangenen zur Diskussion auch ihrer Geschichte befaßt. Nicht darin also liegt der Grund für die weitere Inhaftierung. Das Gericht behauptet eine „besondere Schwere der Schuld“, die nicht nur darin besteht, daß die RAF das staatliche Gewaltmonopol offen in Frage gestellt hat. Vor allem besteht sie darin, daß Christian Klar sich von der Übermacht des Staates nicht hat überwältigen lassen, daß er den Kniefall verweigert, daß er an seinen politischen Motiven, an der Kritik der imperialistischen Politik der BRD auch in der Haft festhält. Mit den 26 Jahren Mindesthaftzeit hält der Staatsapparat an der vom faschistischen Staatstheoretiker Carl Schmitt begründeten und im Kampf gegen die RAF stets praktizierten Linie fest, politische Gegner als Feinde aus der Gesellschaft auszugrenzen und zu vernichten.

In den 60er Jahren hatte die BRD mit der Unterstützung für den US-Aggressionskrieg gegen Vietnam damit begonnen, erneut offene Gewalt zur Gestaltung politischer Verhältnisse anzuwenden. Das war eine der Entstehungsbedingungen für die RAF. Heute ist die BRD auf diesem Weg weit fortgeschritten. Politischer Widerstand, wie schwach er momentan auch scheinen mag, ist unvermeidlich. Mit dem Urteil gegen Christian Klar statuiert der Staat ein Exempel, um nicht nur das Prinzip des staatlichen Gewaltmonopols, sondern den aggressiven Gebrauch staatlicher Gewalt nach innen und außen zu bekräftigen und Opposition und Widerstand einzuschüchtern. In den Versuchen, den Widerstand dagegen zu organisieren, muß die Forderung nach der Freilassung der Gefangenen aus der RAF auch deshalb stets gegenwärtig sein.

scc

Zu einigen Aspekten der tschechischen Variante des „Drangs nach Osten“

Im Netz des Witikobundes

Die Organisation „Witikobund“, die das äußerst rechte Ferment der Sudetendeutschen Landsmannschaft darstellt, bestimmt ihre Politik hinter den Kulissen, und zwar von der Formulierung der strategischen Konzeption der Landsmannschaft bis zu den grundlegenden politischen Schritten ihrer Umsetzung. Den Witikobund haben kurz nach dem zweiten Weltkrieg die ehemals aktiven Nazis (vor allem die einstigen Aktivisten von Henleins Sudetendeutscher Partei SdP und später der NSDAP im sogenannten sudetendeutschen Gau) gegründet, um unter neuen Bedingungen die Tätigkeit fortzusetzen, die die Erhaltung des scharf nationalistischen („völkischen“) antischechischen Charakters der Bewegung verfolgt; einer Bewegung, die ihre historische Aufgaben schon seit Beginn des Jahrhunderts in der „Befriedung des tschechischen Raums“, als „Schutzwall des deutschen Siedlungsgebietes“ oder „Vorposten des Deutschtums“ sah. Die relativ geringe Mitgliederzahl des Witikobundes steht im umgekehrten Verhältnis zum Einfluß, den diese Organisation im Rahmen der Landsmannschaft ausübt.

Der Schwerpunkt der Programmatik und der praktischen Politik des Witikobundes liegt in dem Bemühen der Revision der Resultate des 2. Weltkrieges einschließlich der Rückkehr der sog. Sudetendeutschen in die tschechischen Grenzgebiete und ihrer Entschädigung. In den Konzeptionen des Witikobundes spielen dauerhaft der antischechische Chauvinismus, Rassismus, Antisemitismus eine bedeutende Rolle, ebenso die rechtsstaatlichen Konstruktionen, Teile der tschechischen Grenzgebiete („Sudetenland“) aus der Souveränität des tschechischen Staates herauszulösen. Die Witikobund-Mitglieder haben die entscheidenden Positionen in der Führung der Landsmannschaft inne; der Sprecher und Vorsitzende der SL Franz Neubauer, obwohl kein Mitglied des Witikobundes, respektiert seine Mission und arbeitet eng mit ihm zusammen. Schon anläßlich des Jahrestreffens des Witikobundes 1982 in Bad Mergentheim erklärte Neubauer: „Mir ist nichts bekannt, was auch nur im geringsten die freiheitlich-demokratische Grundeinstellung des Witikobundes in Zweifel zu ziehen vermöchte. Die politischen und Sicherheits-Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland sähen besser aus, wenn sich alle Einrichtungen und Bewegungen unseres Staates der gleichen demokratischen Grundhaltung befleißigt hätten ... Erlauben Sie mir, daß ich bei Ihnen ein Freund unter Freunden, ein Kamerad unter Kameraden zu bleiben vermag!“ Erinnern wir daran, daß im

höchsten Gremium der SL – der Bundesversammlung – sogenannte Witikonen alle Schlüsselpositionen besetzen. Der Präsident der Bundesversammlung (Hans Sehling), beide Vizepräsidenten (Roland Schnürch und Werner Nowak) sowie die Vorsitzenden von mindestens fünf von acht Ausschüssen der Bundesversammlung sind WB-Mitglieder.

Der derzeitige Vorsitzende des Witikobundes Horst-Rudolf Übelacker meint, daß „die Rückgabe des sudetendeutschen Siedlungsgebietes als Ganzes und die Rückerstattung des sudetendeutschen Individual- und Kollektiv-Eigentums mit ‚neuen Vertreibungen‘ nicht das geringste zu tun (hat). Wenn ein Tscheche vom sudetendeutschen Eigentümer aufgefordert würde, das Haus zurückzugeben, so könnte er sich jederzeit ‚einige Häuser weiter‘ eine andere Bleibe suchen, ohne daß man deshalb von ‚Vertreibung‘ sprechen könnte und zugleich – unzulässige – Assoziationen zu den Schreckensereignissen von 1945/46 herstellen müßte“.

1996 veröffentlichte Übelacker *Neun Forderungen der Sudetendeutschen*, die der Witikobund offen vertritt und die also auch die SL-Führung akzeptiert. Diese „Forderungen“ enthalten u.a.: „2. Rückgabe des gesamten sudetendeutschen Eigentums. 3. Entschädigung für nicht rückgebares sudetendeutsches Eigentum. 4. Entschädigung für durch Tschechen verursachte Personenschäden an Deutschen bzw. Sudetendeutschen. 5. Entschädigung für sudetendeutsches Kollektivvermögen. 6. Verhandlungen über die Gewährung kollektiven sudetendeutsch/deutschen Selbstbestimmungsrechts einschließlich des Rechts auf die Heimat ...“

Die Lage nach 1989 ermöglichte dem Witikobund, seine Tätigkeit auf das Territorium der Tschechischen Republik zu erstrecken und dort ungestört zu entwickeln, und zwar bei ausgiebiger Unterstützung durch die pro(sudeten)deutsche Lobby in tschechischen Regierungskreisen, im Parlament, in rechten politischen Parteien und öffentlichen Institutionen. Getreu seiner Taktik des Hinter-den-Kulissen-Taktierens dringt der Witikobund in die Tschechische Republik nicht unter seiner eigenen Flagge, sondern mittels anderer Organisationen, Institutionen, Einrichtungen und Gremien ein, die er infiltrierte und die er ausgeprägt, sogar grundsätzlich beeinflussen kann.

Die Hauptorganisation, durch die der Witikobund sich in der Tschechischen Republik fest verankerte, ist das scheinbar unpolitische Sudetendeutsche Sozial- und Bildungswerk (SSW). Sein Bundesvorsitzender ist Wolfgang Egerter, der

stellvertretende Vorsitzende des Witikobundes und einer der größten Strategen der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Sein Stellvertreter im SSW ist Reinfried Vegler, der ehemalige WB-Vorsitzende. Laut Egerter muß sich das SSW „stärker den Aufgaben widmen, die sich durch die Wiedervereinigung Deutschlands und durch die Öffnung der Grenzen im Osten ergeben“. Das bedeutet in der Praxis, daß das SSW hinter der Bildung der SL-Organisationen in den neuen Bundesländern stand und steht und daß das SSW (bzw. der Witikobund) von der SL-Führung den Auftrag bekam, Träger der Zusammenarbeit mit den Organisationen der deutschen Minderheit und Hauptinstrument der Festigung der SL-Positionen in der Tschechischen Republik zu sein.

Der SSW-Landesvorsitzende in Bayern, Dieter Max (Mitglied des Witikobundes), sagte in diesem Zusammenhang: „Wir knüpfen vielmehr an die Tradition der Schutzverbände in der alten Heimat, dem Bund der Deutschen und dem Deutschen Kulturverband, an, die sich durch tatkräftige Hilfe gegen die Entnationalisierungsversuche des tschechischen Staates zur Wehr setzten und deren Ziel die Erhaltung der sudetendeutschen Volksgruppe war.“ (Erinnern wir uns, daß diese „Schutzverbände in den 30er Jahren ein sehr wirksames Instrument waren, mit dessen Hilfe die Henlein-Leute Einfluß unter der deutschen Bevölkerung in der damaligen Tschechoslowakei gewannen.)

Einer der wichtigsten Bestandteile der Tätigkeit des SSW ist deshalb - laut Max - „die grenzüberschreitende Arbeit hinüber in die Tschechische Republik, mit der ja gerade in der letzten Zeit schon erfolgreich begonnen wurde“. Eine sehr enge Zusammenarbeit knüpfte das SSW in der Tschechischen Republik v.a. mit der Union für gute Nachbarschaft mit deutschsprachigen Ländern an, und diese beiden Organisationen arbeiten zugleich mit dem Prager Büro der Hanns-Seidel-Stiftung zusammen. Die erwähnte Union hat gute Kontakte nicht nur mit den rechten tschechischen Parteien, sondern auch, vor allem mittels ihrer Mitglieder in Deutschland, direkt mit dem Witikobund. Als Beispiel für solche „persönlichen Verbindungen“ kann der WB-Funktionär Horst Löffler dienen, der zugleich als Berater des Franz Neubauer wirkt.

Immer stärkeren Einfluß entwickelt das SSW auf die Organisationen der tschechischen Bürger deutscher Nationalität - vor allem auf die „überdachende“ Landesversammlung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Im Hauptpresseorgan der Landesversammlung (dem Landesanzeiger) z.B. stand, „Unterstützung fanden und finden die deutschen Verbände in der Tschechischen Republik im Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerk e.V.... Aus kleinen Anfängen entwickelte sich diese ‚grenzüberschreitende Arbeit‘ des Sozial- und

Bildungswerkes zu einer inzwischen sehr wichtigen Säule seiner Bildungs- und Begegnungsveranstaltungen.“

Eine erhebliche Vertiefung der „grenzüberschreitenden Arbeit“ ermöglichten - wieder laut Landesanzeiger - die Kontakte des SSW mit der Westböhmischen Universität in Pilsen und mit der Stiftung Europäisches Comenius in Cheb (die Stiftung leitet der BRD-Bürger Frank Boldt, der zugleich den Lehrstuhl „Geschichte“ an der Pädagogischen Fakultät der Westböhmischen Universität leitet).

Im September 1997 hat das SSW zusammen mit der Landesversammlung und mit der Stiftung Europäisches Comenius das Symposium „Deutsche und Tschechen“ veranstaltet. Die Hauptreferate haben W. Egerter und F. Boldt gehalten. Die Teilnehmer haben sich u.a. für die Teilnahme der Sudetendeutschen an dem Gesprächsforum ausgesprochen, und zugleich haben sie die Standpunkte der tschechischen Vereinigung der Bürger, die nach 1938 aus dem Grenzgebiet vertrieben wurden, also die Organisation, die die Politik der Sudetendeutschen Landsmannschaft kritisiert, ausgegrenzt. F. Boldt erklärte in diesem Zusammenhang, daß „die Chance zur Annäherung und Versöhnung nur im Dialog und in konkreter Basisarbeit, nicht aber in monologisierenden Stereotypen zu suchen sei“; als ein positives Beispiel nannte er gerade seine Stiftung.

W. Egerter sagte auf dem Symposium, daß in den letzten zwei Jahren das SSW insgesamt 33 sogenannte „grenzüberschreitende Seminare“ und andere Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern veranstaltet habe. Wer die Stellungnahmen Egerters, die oft in der sudetendeutschen Presse veröffentlicht werde, kennt, der muß sich notwendig darüber klarwerden, welche Resultate die „grenzüberschreitende Arbeit“ des SSW (und das heißt des Witikobundes und der Sudetendeutschen Landsmannschaft) haben soll. „Die Erkenntnis, daß die Stabilität und die Förderung der Demokratien in den jungen Staaten des immer noch auseinanderbrechenden Ost- und Mitteleuropas zutiefst deutsche Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen berührt, muß auch Richtschnur für das Handeln der SL sein, will sie erfolgreich die Interessen der ganzen Volksgruppe berücksichtigen. Jede Investition dort ist eine den deutschen Interessen dienende Investition“, meint Egerter.

Man kann voraussetzen, daß in dem vor uns liegenden Zeiträum, d.h. in der Zeit, in der der Zukunftsfonds und das Dialogforum entstehen, der Witikobund mit Hilfe der tschechischen Helfer alle Möglichkeiten ausnutzen wird, um seinen Einfluß zu erweitern und seine Ziele schrittweise zu realisieren. Die davon nicht zu trennenden Bedingungen, der riesige ökonomische und politische Einfluß Deutschlands in der Tschechischen Republik, sind für den Witikobund besonders günstig.

E.H., Pilsen

Den Wahlkampf gegen Rechts führen ...

Auf dem Wahlparteitag der PDS-Hessen am 22.3. wird der ehemalige Frankfurter SPD-Vorsitzende Fred Gebhardt für Platz 1 der Landesliste zu den Bundestagswahlen kandidieren. Er war Ende Februar aus der SPD ausgetreten. Er hat seinen Austritt aus der SPD, der er seit 1945 angehörte, unter anderem mit der Zustimmung zum sog. großen Lauschangriff, der fehlenden kämpferischen, politischen Auseinandersetzung mit der reaktionären und unsozialen Politik von CDU und FDP und der kampflosen Aufgabe sozialdemokratischer Positionen in der Ausländerpolitik begründet. Fred Gebhardt gehörte 13 Jahre der SPD-Fraktion des Landtags an und war zeitweilig Mitglied des SPD-Parteirats und des Frankfurter Magistrats. Seine Entscheidungen stehen in einem Zusammenhang mit politischen Diskussionen im Umfeld der Frankfurter SPD, insbesondere dem „Forum für sozialistische Verständigung“. Dieses von dem Frankfurter SPD-Politiker Dr. Dieter Dehm im Hinblick auf die Bundestagswahlen initiierte Forum trat jetzt mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die wir hier auszugsweise dokumentieren. Mitglieder des Frankfurter SPD-Vorstandes und des Landesvorstandes haben mit Drohungen und Gehässigkeiten auf die durch das „Forum“ initiierte Diskussion reagiert. Gegen UnterzeichnerInnen der Erklärung, die der SPD angehören, wurden Parteiordnungsverfahren eingeleitet. - Fred Gebhardt, der der PDS nicht beitreten will, hat erklärt, daß, für den Fall, daß die PDS-Landesversammlung ihn wählt, er nicht versuchen wird, der SPD Stimmen abzugagen. ola

„In Erwägung, (...) • daß Arbeits- und Ausbildungsplätze, mittelständische Unternehmer, die ca. 30 000 Konkurse in 1997 zu verzeichnen hatten, ebenso wie lebensnotwendige Umweltressourcen und sozialstaatliche Leistungen mit einer weiteren Schwächung der Linken um so ungezügelter vernichtet würden. • daß gesellschaftliche Alternativen für ein anderes Wirtschaften, zur Umverteilung von Arbeit, Vermögen und Kapital, für regionale Märkte mit weniger Müll-, Stoff- und Energievergeudung ohne eine stärkere sozialistische Linke noch mehr von Resignation gelähmt würden, • daß es für die SPD ein „ziemliches Kunststück wäre, die nächste Bundestagswahl zu verlieren“ (Erhard Eppler). Aber daß es dann weiter so kapitalhörig zugehe, wenn es außer den Gewerkschaften keine andere Kraft links von der SPD gäbe - zumal sich die Grünen zügig von ihren linken Inhalten abnabeln, • aber auch, daß die PDS ihren Teil der Geschichte noch nicht ausreichend aufgearbeitet hat. Auch in den Augen vieler, die die PDS in der Parteienlandschaft für unverzichtbar hal-

ten, • daß sowohl eine große Koalition, eine absolute „rotgrüne“ Mehrheit, als auch eine verfassungsgemäße Minderheitsregierung ebenso, wie ein innersozialdemokratisches, linkes Korrektiv, eine außerparlamentarische Bewegung und im Bundestag mehr Sozialistinnen und Sozialisten braucht, • daß der mühsame Ausbau von Verständigung und Solidarität unter Sozialistinnen und Sozialisten – besonders in SPD und PDS – zur Verteidigung sozialer, ökologischer, demokratischer und kulturelle Rechte gegen die Willkür der Herrschenden notwendig ist, • daß eine erfolgreiche Mobilisierung „gegen rechts“ und für Frieden mit einem überzeugenden Entwurf für ein besseres Leben mit einer neuen öffentlichen Diskussion über Demokratischen Sozialismus gelingen kann, • daß das gesellschafts- und sozialpolitische Engagements der Gewerkschaften und der beiden großen Kirchen auch aus dem Parlament heraus dauerhaft begleitet werden muß, • daß der Linken, den Interessen der Menschen mit und ohne Arbeit, auch den kleinen und mittleren Unternehmen, dem Sozialstaat und dem Umweltschutz also mit einer starken Sozialdemokratie und konsequenter und kooperativer Linksopposition im Bundestag einmalige Möglichkeiten erhalten bleiben müssen, haben wir beschlossen, nunmehr alles uns mögliche zu tun, damit Sozialistinnen und Sozialisten für die Interessen der Mehrheit unseres Volkes in größerem Konsens handeln, damit die Verdrängung der PDS aus dem Parlament nicht zum Wahlziel der SPD wird, sondern SPD und PDS endlich lernen, respektvoll miteinander umzugehen und sich gegenseitig als Chance füreinander zu begreifen, statt sich ... zu bekämpfen. Der Wahlkampf der Linken wird nicht gegen Linke geführt, sondern gegen Rechts und den neoliberalen Zeitgeist!“

Kandidatenintrigen in Baden-Württemberg

Wie das *Neue Deutschland* berichtete, will sich Dorothee Piermont, ehemals Europaabgeordnete der Grünen, heute parteilos, für den Listenplatz 1 auf der Landesliste der PDS Baden-Württemberg bewerben. Was das „Neue Deutschland“ nicht erwähnte, daß es bereits mit Winfried Wolf einen Abgeordneten gibt, der sich wieder bewerben will. Frau Piermont hatte bereits vor vier Jahren versucht, in Bayern ein PDS-Ticket in den Bundestag zu erhalten, allerdings vergebens, weil die dortige PDS jemanden aus dem Lande den Vorzug geben wollte. Aus dem Lande stammt Frau Piermont, sie betreibt in Offenburg ein Buchantiquariat. Was sie politisch anders machen will als der bisherige Abgeordnete, ist nicht bekannt. Kritik an Winfried Wolfs Arbeit hat sie nicht geäußert, so wenig wie ein politisches Programm vorgestellt, noch hat sie dargelegt, wie sie mehr Stimmen für die PDS sammeln will als Wolf. Bekannt ist aber, daß

HERUMGETRAMPALT: Letztes Wochenende trat der Wahlkampfleiter der PDS Bund, André Brie zurück, tags darauf vom Rücktritt zurück. Die Aufstellung der Landeslisten der PDS geht mit Randalen und Skandal voran. Der Wahlkampfleiter legt es darauf an, aus allen Ecken der Milieus Kandidatinnen und Kandidaten herauszuholen, wahrscheinlich meint er, dadurch die PDS in allen Milieus wählbarer zu machen. Die Presse zeigt sich von der bisherigen Kandidatenfindung nicht beeindruckt. Ein Grund dafür dürfte sein, daß bis jetzt weniger Parteiose im Gespräch sind, sondern Leute, die ihren Einfluß in anderen Parteien oder Verbänden aus irgendwelchen Gründen verloren. Hat Brie recht, wenn er die fehlende Begeisterung der Partei auf das Wirken von Gruppen- oder Regionalinteressen zurückführt, die mit drastischen Mitteln auf das Allgemeininteresse der Partei hinzuweisen wären? Wenn Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt werden, die durch ihre bisherige Praxis mit der Partei nicht verbunden sind und folglich keinen eigenen Einfluß in der Partei haben, so sind diese keineswegs unabhängig, sondern, falls gewählt, von der Personengruppe, die für sie eingetreten ist, so gut wie ganz abhängig. Könnte man nicht mal in Ruhe darüber nachdenken, daß Kandidatinnen und Kandidaten, die ohne Fürspra-

che der Parteiprominenz die Aufstellungsveranstaltungen nicht überzeugen könnten, ganz ähnliche Schwierigkeiten auch bei der Überzeugung von Wählerinnen und Wählern haben dürften? Brie hat seine Sache dadurch zu vertreten versucht, daß er von seiner Arbeit zurücktrat, um nach „Gesprächen“ wieder einzusteigen. Brie, der andere Leute damit seckiert, daß sie wohl noch „nicht im Westen angekommen“ wären, muß gesagt werden, daß jede wohlgeordnete bürgerliche Institution einen Manager, der durch Ausstieg in einer Krisensituation was zu erreichen sucht, umstandslos abschafft. Brie kann damit nur in einer Kulturtradition durchkommen, die von der Angst geprägt war, daß die Leute einfach weglaufen.

Die Folgen des Spektakels für den Wahlkampf? Kaum welche. Bisherige Wahlerfahrungen zeigen, daß es den Wählern nicht wichtig ist, wer für die PDS konkret kandidiert. (Gysi auf der Landesliste der PDS NRW: Nulleffekt! Müller, den keiner kannte, in Berlin: Direktmandat!) Vor allem aber werden die Kandidatinnen und Kandidaten, die letztlich aufgestellt werden, in korrekten geheimen Wahlen aufgestellt worden sein, und die Parteitage der PDS verdienen Vertrauen. Auf die Mitgliederengewinnung wird sich das autoritäre Gehabe der Parteiführung allerdings schädlich auswirken. maf

es im Landesverband Baden-Württemberg rund um die Pitterle-Plattform Kräfte gibt, die den jetzigen Abgeordneten „abschießen“ wollen, und daß diese Kräfte Unterstützung von Teilen des Bundesvorstands der Partei haben.

Die Situation für die aufstellende Landesversammlung am 25. April wird von diesen Leuten gegenwärtig präpariert. Gespräche des Bundesgeschäftsführers der Partei, Dietmar Bartsch, mit Frau Piermont. Anfang März dann Kandidatur von Piermont für den Wahlkreis Offenburg, was von der dortigen Versammlung einhellig begrüßt wird. Auf dieser Versammlung Vorschlag, Frau Piermont solle für Platz 1 der Landesliste kandidieren; 14 sind dafür, 5 enthalten sich. Dann der erwähnte Artikel im *Neuen Deutschland*. Fortsetzung am 16. März in Stuttgart. Winfried Wolf hatte seit längerem Interesse geäußert, als Direktkandidat für den Wahlkreis 162 in Stuttgart aufgestellt zu werden. Er hielt es für möglich, zusätzlich entscheidende Zweitstimmen für die PDS zu sammeln, wenn er mit Sachkompetenz in Verkehrsfragen gegen die Kandidaten der anderen Parteien antritt, nämlich gegen den CDUler Henke, Staatssekretär im Verkehrsministerium, gegen Ulrich von Weizsäcker, Wuppertaler Umweltinstitut, der für die SPD kandidiert, und Rezzo Schlauch für die Grünen. Bei Gesprächen im Vorfeld wurde Winfried Wolf auch von den Leuten aus der Pitterle-Fraktion, die in Stuttgart die Mehrheit bilden, zugesichert, daß sie sich für ihn aussprechen würden. Auf der Versammlung am 16.

März, an der 13 stimmberechtigte Mitglieder der PDS aus Stuttgart teilnahmen, stimmten dann 5 für Winfried Wolf, 8 Stimmen erhielt der Gegenkandidat Max Eifler, der als Bürokrat für die PDS Baden-Württemberg arbeitet und der noch nachmittags auf Anfrage geäußert hatte, ihm sei kein Gegenkandidat gegen Wolf bekannt. Damit ist ein Kandidat aufgestellt, der nicht viel mehr als die 8 Leute, die auf dieser Versammlung für ihn gestimmt haben, für den Wahlkampf der PDS mobilisieren kann. Aber wahrscheinlich hat der Gedanke, einen Direktkandidaten zu haben, der zahlreiche neue Kräfte für die PDS mobilisiert, diesen Club ziemlich erschreckt. alk

Druck von links ...

Am 15.3. hat die PDS Niedersachsen den Bundestagswahlkampf eröffnet. Sie will ihrerseits einen Beitrag dazu leisten, Kohl abzulösen, und für einen Wechsel hin zu einer sozialen und solidarischen Politik eintreten. Hierfür ist der Druck von links durch eine gestärkte PDS unverzichtbar. Die PDS Niedersachsen will ihren Stimmanteil verdoppeln und zukünftig 2 Abgeordnete nach Bonn schicken. Auf einer Pressekonferenz des Landesverbandes hatten der Bundestagsabgeordnete Rolf Köhne und Heidi Lippmann-Kasten, bisher für Bündnis 90/Grüne im niedersächsischen Landtag, ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Über die Landesliste entscheidet der Landesparteitag am 9. Mai in Hannover.

Presseinformation, 16.3.98

Linke Wirtschaftspolitik in der Diskussion

Mit Christine Ostrowski, Kommunal- und Landtagsabgeordnete der PDS aus Dresden, Ronald Weckesser, ebenfalls aus Dresden, Mitarbeiter der PDS-Fraktion im Landtag, davor Selbständiger in einem Kleinunternehmen, das aus dem Großkombinat Robotron hervorging, sowie Frank Iwer aus Stuttgart, Regionalwissenschaftler mit gewerkschaftlicher Orientierung und Mitarbeiter im IMU-Institut, einem selbstverwalteten Unternehmen, waren sachkundige Referenten eingeladen, die zusammen mit einem ebenso sachkundigen und interessierten Publikum dafür sorgten, daß ein lohnender Diskussionsabend zustande kam.

Für Freitagabend, 6. März, hatten die PDS Arbeitsgemeinschaften Kommunalpolitik Stuttgart und Betrieb und Gewerkschaft eingeladen zum Themenfeld: Förderung von Klein- und Mittelbetrieb contra Einhalten von Tarifverträgen? Gekommen waren 17 Leute.

Zunächst schilderten die Dresdner Genossen anschaulich die Lage von kleinen und mittleren Unternehmen in Sachsen (Betriebe bis zu etwa 50 Beschäftigten). Viele Neugründungen von solchen Betrieben waren aus der Auflösung von Kombinat und Großbetrieben der ehemaligen DDR entstanden, weil dort Beschäftigte einen Arbeitszusammenhang, ein Projekt fortsetzen wollten, keine Ausichten auf dem Arbeitsmarkt sahen und ähnlichen Gründen. Diese Leute, die häufig vorher leitende Positionen innehatten (Abteilungsleiter, Kombinatleiter) oder hochqualifizierte Arbeiten ausübten, haben eine „sozialistische Sozialisation“ hinter sich und orientieren sich ideologisch links. Sie sahen sich, zumindest war das in der Gründungszeit so, nicht als „Chefs“. Die Betriebsform ist häufig eine GmbH, das Eigenkapital von meist nicht mehr als dem Mindestbetrag von 50000 DM, wurde oft nicht persönlich oder aus der Familie aufgebracht; der Geschäftsführer war nicht Eigentümer, sondern wurde „ausgesehen“.

Die PDS in Sachsen war auf das Problem kleine und mittlere Unternehmen gestoßen, als sie bei Wahlanalysen feststellte, daß ein beträchtlicher Teil ihrer Wähler selbständige Unternehmer sind, und sich diese auch direkt an die Partei wegen politischer Unterstützung wandten. Die Probleme dieser Selbständigen sind: Mangelnde Eigenkapitalausstattung, nur geringe Chancen, staatliche Fördermittel zu erhalten; viele dieser Firmengründungen gingen schon nach kurzer Zeit wieder ein. Die Politik der sächsischen Staatsregierung unter Biedenkopf setzt auf sogenannte „Leuchtförderer“, d.h. einige hochtechnisierten Inseln von Firmen aus der alten BRD

oder dem Ausland werden aufgezogen, sie sollen dann im Umfeld weitere Entwicklungen nach sich ziehen, was aber nicht stattfindet: So gab es z.B. durchaus die Technologie für Mikrochip-Chemie in Ausgründungen aus dem Robotron-Kombinat, diese kamen aber nicht zum Zuge, weil Siemens oder Motorola ihre Chip-Rohstoffe per Flugzeug beschaffen.

Die PDS Sachsen richtete zunächst einen Arbeitskreis Klein- und Mittelunternehmen ein, aus dem dann eine selbstständige Arbeitsgemeinschaft (OWU, Offener Wirtschafts- und Unternehmerverband) hervorging, die mit ihrer ersten Konferenz im vergangenen Jahr für heftige Diskussion in der gesamten PDS sorgte: In ihren sogenannten Mittelstandsthesen, die Ulrike Küstler als Moderatorin für die AG Betrieb und Gewerkschaft noch einmal zusammengefaßt referierte, stellten die PDS-Selbständigen fest: „Der Arbeitsmarkt wird durch die sozialen Sicherungssysteme zunehmend gefährdet“ (hohe Beitragslast). Sie forderten u.a.: Freigabe der Arbeitszeit (keine starren Tarifmodelle), Aufhebung von tarifvertraglichen Regelungen für Klein- und Mittelbetriebe, Begrenzung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auf 80%. u.ä. – demgegenüber wurde vorgetragen die Schweriner Beschlusfassung der PDS: Tarifautonomie verteidigen, öffentliche Fördermittel und Aufträge nur an tarifgebundene Anbieter, Flächentarifvertrag erhalten.

Frank Iwer vom IMU-Institut wollte nicht in eine allgemeine Verurteilung dieser Thesen einstimmen, er bezeichnete sie als einen Hilferuf. Die fehlenden theoretischen Überlegungen führten hier allerdings zur Übernahme neoliberaler Rezepte. Umgekehrt sei auch die Antwort: Verteidigung des Flächentarifvertrages nicht sonderlich intelligent; seiner Meinung nach handle es sich hier um einen Mythos.

Die wirklichen Probleme seien größer: Das Biedenkopf-Modell einer nachholenden Entwicklung funktioniert nicht unter den heutigen Bedingungen von Kapitalakkumulation und Produktivität. Ebenso wenig funktionierten Modelle für endogenes Wachstum, also abkoppeln vom Weltmarkt zur Entwicklung regionaler Kreisläufe, die arbeitsplatzintensiver sind. Denn heute sei klar, das ginge nicht ohne Wohlstandseinbrüche, und das sei in den „erfolgreichen“ Regionen nicht machbar.

In den Gewerkschaften sehe er ein Drama sich abspielen, weil die Widersprüche nicht diskutiert werden. Der Flächentarifvertrag habe einen konkurrenzgeschützten Raum geschaffen, der aber nie Fläche war. Die Großbetriebe

konnten übertariflich zahlen, der Abstand zu den Zulieferern war da. Wenn heute aber (z.T. freiwillig) auf die Zulagen in den Großbetrieben verzichtet wird, ist der Druck auf die Zulieferer da. Über diesen Konflikt groß gegen klein wird in der IG Metall nicht offen diskutiert.

Auch hätte er feststellen müssen, daß die Entwicklung von Wirtschaftskonzepten, die statt der Weltmarktausrichtung regionale Strukturen fördern sollen, einfach in ihr Gegenteil verkehrt werden können: Wenn Stoiber aus Bayern und im Gefolge Teufel aus Baden-Württemberg mit dem Argument des Regionalismus heute die Standortkonkurrenz der Regionen gegeneinander betreiben, sei das nicht das, was er sich vorgestellt hätte. Ohne eine gesellschaftspolitische Konzeption seien Lösungen schwer denkbar.

Verschiedene Gesichtspunkte und Argumente kamen in der dann folgenden Diskussion zur Sprache: Alternative Wirtschaftsformen – ist da mehr möglich als Nischenwirtschaft? Warnung davor, Notlösungen, die Betriebs- und Personalräte in konkreten Fällen treffen müssen, zum allgemeinen Konzept zu erheben. Eine Neuformulierung dessen, was gesellschaftlich, durch staatliche und gesetzliche Normen als Mindeststandards zu garantieren ist, sei notwendig: Gegenwärtig habe man bei der Linken und der PDS häufig den Eindruck sie erwarteten von einer vom Staat vorgenommenen Umverteilung die Lösung aller Probleme. Bei der Entwicklung von alternativen Produkten und Dienstleistungen kann es nicht darum gehen, geschützte Räume zu schaffen, die Projekte müssen sich der Kritik aussetzen und eine Förderung muß endlich sein.

Von Ronald Weckesser wurde darauf hingewiesen, daß man bei der Beurteilung der Forderungen der Mittelstandsvereinigung die DDR-Vergangenheit berücksichtigen müsse: so seien 80% Lohnfortzahlung die gesetzliche Regelung in der DDR gewesen.

Zum Mythos Flächentarif: Eine Reform von Tarifverträgen ist in mehrfacher Hinsicht nötig: im Industriebereich waren sie eine Abbildung der tayloristischen Arbeitsteilung, die so nicht mehr existiert und die auch niemand mehr will. Was muß tarifvertraglich, was gesetzlich geregelt werden? So gibt es in Frankreich und Italien ganz anders als hier Bestrebungen, die Arbeitszeit gesetzlich zu verkürzen.

Fazit der Veranstaltung: ein gelungener Anstoß zur Diskussion über linke Wirtschaftspolitik.

alk, aus: *Kommunale Berichte Stuttgart*

... in und bei der PDS ...

Jahrhundertbilanz der Gewerkschaften

8. bis 10. Mai 1998 in Hamburg
Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)
Von-Melle-Park 9 (Nähe Bhf. Dammtor)

Veranstalter: „Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit“, Bürgerinitiative für Sozialismus • (gegr. 14.7.89 in Hannover) • Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) • Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Lvb. Hamburg • Deutscher Gewerkschaftsbund, Kreis Hamburg • Zeitschrift „Sozialismus“

Der Neoliberalismus ist zur vorherrschenden Staats- und Wirtschaftsdoktrin geworden. Der „Kapitalismus pur“ (Klaus Zwickel) mit neuen Technologien, Produktionskonzepten und Verwertungsbedingungen stellt die Gewerkschaften vor kaum lösbare Aufgaben. Kapital und Kabinett haben den „Klassenkompromiß“ der Nachkriegsära aufgekündigt. Das Sozialstaatsgebot und die Eigentumsverpflichtung des Grundgesetzes werden mit Füßen getreten; Industrie-Funktionäre rufen zum Rechtsbruch auf. Sie wollen die Gesellschaft in den „Radikalkapitalismus“ (Pierre Bourdieu) treiben.

Unter dem Druck der Massenarbeitslosigkeit und veränderter Arbeitsbedingungen sinkt die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften. Wichtige Errungenschaften, als wichtigste der Flächentarifvertrag, der einheitliche Arbeitsbedingungen sichern soll, werden ausgehöhlt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad erreicht einen historischen Tiefstand. Zugleich ändern sich die Ansprüche und Erwartungen der Gewerkschaftsmitglieder an die Organisation.

Einzelne Gewerkschaften versuchen sich jetzt durch Fusionen aus der Krise zu retten. Dadurch erhalten sie eine stärkere Spitze – aber werden sie auch an der Basis stärker? Durch die Blockbildung werden hergebrachte gewerkschaftliche Prinzipien (Industriegewerkschaft, Einheitsgewerkschaft) brüchig. Führt der Weg zu Richtungsgewerkschaften zurück? Der Umstrukturierungsprozeß findet ohne Moderation des DGB statt, so daß sich die Frage stellt, welche Aufgaben ihm noch verbleiben. Müßte vielleicht über ganz andere Strukturen diskutiert werden – wie etwa die direkte Mitgliedschaft im DGB?

Schon wachsen Zweifel, ob es im nächsten Jahrhundert überhaupt noch Gewerkschaften geben wird. Vor diesem Hintergrund wollen wir Bilanz ziehen. Eine Jahrhundertbilanz gewerkschaftlicher Arbeit, ihrer Erfolge, Defizite und Niederlagen. Keine Abschlußbilanz, vielmehr ein Blick zurück nach vorn, um für die Auseinandersetzungen heute und

morgen zu lernen. Dabei wollen wir uns exemplarisch auf die deutsche Geschichte konzentrieren, ohne internationale Zusammenhänge zu vernachlässigen.

Kongreßprogramm

Freitag, 8. Mai, Beginn: 18 Uhr, Einlaß: 16.30 Uhr

Eröffnung: Eckart Spoo (BI f. Sozialismus, Hannover) Grußworte: Prof. Dr. Lothar Zechlin (Präsident der HWP, Hamburg), Rolf Fritsch (ÖTV-Bezirksvors. Hamburg)

Einleitungsreferat: Prof. Dr. Arno Klönne (Paderborn)

Zeitzeugencollage mit Beteiligten der Kämpfe Septemberstreiks 1969, Heinze-Frauen (Gleicher Lohn für gleiche Arbeit), Bischofferode, Rheinhausen, Werften, u.a. mit Jakob Moneta (ehem. „Metall“, Frankfurt a.M.), Werner Pfennig (IG Medien, Stuttgart), Jupp Bergmann (ehem. GBR Vors. GEG-Konsum Hamburg), Bonno Schütter (ehem. GBR Vors. Klöckner, Bremen), Reinhard Kniesch (DGB-Kreisvors. Rostock)

Sonnabend, 9. Mai, Beginn: 9 Uhr, Einlaß: 8.30 Uhr

Kurzreferate im Plenum:

- Am Ende der kurzen Prosperität – Die Entwicklung des Kapitals – Prof. Dr. Klaus-Peter Kisker, (Berlin)
- Die Entwicklung der sozialen Milieus und Klassen – Dr. Heiko Geiling (Hannover)
- Gewerkschaftliche Aufgaben und Möglichkeiten – Gisbert Schlemmer (Vors. Gew. Holz /Kunststoff, Düsseldorf)
- Organisatorische Probleme und Veränderungen – Prof. Dr. Bodo Zeuner (Berlin)
- Unter den Rädern der Globalisierung? Internationalismus – ein gewerkschaftliches Fremdwort – Prof. Dr. Frank Deppe (Marburg)

Jeweils anschließend kurze Diskussion

Parallele Arbeitsgruppen: 14.30 – 18 Uhr

AG 1: Parteien und politische Arbeit mit Frank Spieth (DGB-Landesvors. Thüringen), Rolf Fritsch (Vors. ÖTV Hamburg)

AG 2: Gewerkschaften und internationale Beziehungen mit Pierre Levy (Paris), Dr. Peter Strutyński (Kasseler Friedensforum)

AG 3: Gewerkschaften und Tarife mit Ernst Heilmann (BR Springer), Michael Wendl (Vors. ÖTV Bayern), Sybille Stamm (Landesvors. IG Medien, Stuttgart), Prof. Dr. Ulrich Zachert (HWP Hamburg), Dr. Richard Detje (Redaktion „Sozialismus“, Hamburg)

AG 4: Gewerkschaften und Bildung mit Prof. Dr. Jörg Wollenberg (Bremen), Udo Achten (Düsseldorf), Horst Bethge (Lehrer, GEW Hamburg), Albrecht Buchsteiner (DGB Nordmark, Abt. Bildung u. Wissenschaft), Stefanie Odenwald (Berufsschullehrerin, GEW)

AG 5: Gewerkschaften und ihre Arbeit im Betrieb mit Dr. Michael Hartmann,

(Paderborn), Viktor Kalla (BRVors. Frankfurter Rundschau)

AG 6: Innergewerkschaftliche Demokratie mit Hans-Jürgen Arlt (Presse Sprecher des DGB – Bundesvorstandes), Wolfgang Teuber (Journalist, Hannover)

AG 7: Gewerkschaften und ihre Organisationsprinzipien mit Manfred Klöpfer (DGB-Kreisvors. Oldenburg/Wilhelmshaven), Prof. Dr. Bodo Zeuner (Berlin)

AG 8: Wirtschaftsdemokratie mit Prof. Dr. Michael Buckmiller (Hannover), Dr. Udo Winkel (Nürnberg)

AG 9: Ende der Arbeitsgesellschaft? mit Prof. Dr. Heinz Bierbaum (Saarbrücken), Dr. Klaus Grehn (Vors. Arbeitslosenverband Dtschlds., Berlin)

AG 10: Gewerkschaften und Deutsche Einheit mit Gerald Kemski (Sprecher Betr. u. Gewerkschaft PDS, Hamburg), Bodo Ramelow (Landesvors. HBV-Thüringen),

19 Uhr: Der Weg der Gewerkschaften – Ein literarischer Streifzug von und mit Rolf Becker (Hamburg)

Sonntag, 10. Mai, Beginn: 9.30 Uhr, Einlaß: 9 Uhr

Referat im Plenum: Organisation und Spontaneität – Prof. Dr. Michael Buckmiller (Hannover)

Diskussion: Kapitalismus ohne Gewerkschaften? oder: „Welche Perspektive haben die Gewerkschaften im Übergang zum 21. Jahrhundert? mit Kersten Artus (BR Vors. Bauer Verlag, Hamburg), Karl-Heinz Roth (Hamburger Institut f. Sozialforschung), Dr. Joachim Bischoff (Redakteur „Sozialismus“, Hamburg), Horst Schmitthenner (Vorstandsmitglied der IG Metall, Frankfurt a.M.). Moderation: Rainer Butenschön (Hannover)

Ende des Kongresses: 13 Uhr

Technische Hinweise

1. Anmeldung / nähere Information: Kongreßbüro c/o GEW, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Fax: 0 40 / 4 50 46 58, Tel. nur in der Zeit 4. – 8. Mai 0 40 / 44 73 49, 9–13 Uhr, vorher: Uwe Schwalbe priv. 0 40 / 40 83 55, Horst Bethge priv. 0 40 / 601 52 12, Tel. während des Kongresses: 0 40 / 41 23 22 92 (AStA HWP)

2. Kongreßgebühr: DM 30,-, ermäßigt für Studenten, Rentner, Arbeitslose, Zivis DM 15,-, bitte beim Einlaß entrichten (...)

8. Info-Stände / Bücherstände: Während der gesamten Kongreßzeit im Foyer der HWP. Wer selber einen Info-/Bücherstand machen möchte, gebe das bei der Anmeldung an.

9. Buchveröffentlichung: Es ist geplant, die Beiträge des Kongresses als Buch im VSA-Verlag anschließend herauszubringen (ca. 32.-). Teilnehmer können ein Subskriptionsexemplar bestellen (DM 25.-) Bestellscheine befinden sich in der Kongreßmappe.

10. Kongreßmappe: Wird am Einlaß bei der Anmeldung ausgegeben.

Weitere
Informationen
und Anmelde-
vordrucke:

Netzwerk Cuba
Reuterstraße 44
53113 Bonn

Tel, Fax & Anrufb:
0228-24 15 05
e-mail:
cubared@link-
k.gun.de

Wir bitten um
Spenden zur
Finanzierung des
Treffens.

Konto:
Netzwerk Cuba
e.V.
Sparkasse Bonn
Kto.-Nr.: 46953
BLZ 38050000
VWZ:
Bundestreffen



VII. Bundestreffen der Cuba-Solidarität vom 8. bis 10. Mai 1998 in Hamburg

Reflexion ☆ Bestandsaufnahme ☆
Perspektiven ☆ Projektplanungen
☆ Diskussion mit cubanischen Gä-
sten ☆ themenorientierte Arbeits-
gruppen ☆ Informations- und Kon-
taktbörse ☆ Fiesta de Solidaridad

Bündeln wir unsere Kräfte!

**BUNDESWEIT
&
INTERNATIONAL!**

17./18. März: An verschiedenen Orten fin-
den um diese Tage herum *Veranstaltungen*
zum 150. Jahrestag der Märzrevolution
von 1848 statt.

20./21. März: Veranstaltung 150 Jahre
„Manifest der Kommunistischen Partei“;
in **Frankfurt**, Haus der Jugend • Veran-
stalter: Zeitschriften Sozialismus und spw.
Anmeldung: Redaktion Sozialismus, St.
Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, Tel.
040 - 280 505 60, Fax 040 - 280 505 68 / Re-
daktion spw, Fresienstr. 26, 44289 Dort-
mund, Tel. 0231 / 40 14 11, Fax 0231 / 40 24
16, E-mail: spw-Verlag@Link-Do.soli.de

22. März: Kommunalwahlen in Schleswig-
Holstein

30. März: Eröffnungskonferenz in **London**
für die EU-Osterweiterung

5. April: Oberbürgermeisterwahlen in
Leipzig:

3.-5. April: PDS-Wahlparteitag in **Rostock**
verabschiedet Bundestagswahlprogramm

19. April: FDP-Bundesparteitag verab-
schiedet Bundestagswahlprogramm.

20./21. April: SPD-Bundesparteitag in
Leipzig wählt Kanzlerkandidat und ver-
abschiedet Wahlprogramm

25. April: Kongreß gegen das MAI in **Bonn**

26. April 1998: Landtagswahl in **Sachsen-
Anhalt**

2./3. Mai: EU-Konferenz entscheidet Teil-
nehmerkreis der EU-Währungsunion ab
1.1.1999

17./19. Mai: CDU-Bundestagswahlpartei-
tag in **Bremen**

22./23. Mai: Kongreß „Renaissance der
Grundrechte“ in **München**. Bestandsauf-

nahme des Abbaus der Grundrechte und
Planung gemeinsamer Aktivitäten. Bisher
an der Vorbereitung beteiligt: IAF, Pro
Asyl, Humanistische Union, Humanisti-
sche Bewegung, Bündnis 90/Die Grünen,
Bayer. Flüchtlingsrat, VDJ, Neue Richte-
rInnen Vereinigung, Republikanischer An-
wältinnen- und Anwälteverein, Arbeiter-
wohlfahrt. **Infos** über Büro MdEP Claudia
Roth, Tel. 0228/1687939.

22./24. Mai: DKP-Parteitag in **Hannover**

29.-31. Mai: Peace Congress Osnabrück 98,
Vom Westfälischen Frieden zu einem frie-
densstiftenden Europa. Europäischer Frie-
dens- und Kriegsdienstverweigerer-Kon-
greß. **Infos** unter Tel. 05 41 / 26 06 50, Fax:
26 06 80.

8.-12. Juni 1998: 16. o. Bundeskongreß des
DGB in **Düsseldorf**

13./14. Juni: Bundestreffen der AG Betrie-
be und Gewerkschaften der PDS in **NRW**

13./14. Juni: Bundeskongreß der VVN-BdA
in **Braunschweig**, Motto: „Zukunft Antifa-
schismus“. **Infos** bei der Bundesgeschäfts-
stelle der VVN-BdA, Rolandstr. 16, 30161
Hannover.

13. September: Landtagswahl in **Bayern**
**17./19.9. a.o. Gewerkschaftstag der IG Me-
tall** in **Mannheim**

27. September: Bundestagswahl, Land-
tagswahl in **Mecklenburg-Vorpommern**
und **Kommunalwahlen** in **Brandenburg**

10./11. Oktober: Herbsttagung des Forums
Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften
in **Köln**

24.-29. Oktober: HBV-Gewerkschaftstag
in **Bremen** und IG-Medien-Gewerk-
schaftstag in **Würzburg**

ADRESSAUFKLEBER

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenberg-
straße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis
Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulri-
ke Detjen, Martin Fochler, Emil Hruska, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; GNN-Ver-
lag, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel.
030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wil-
helmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), GNN-Verlag, Post-
fach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse GNN-Verlag, Zülpicher
Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73;
Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und
Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kom-
munalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, GNN-Ver-
lag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01,
Fax: 07 11 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane
Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359
Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsge-
meinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der
PDS“.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH,
50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48,
70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahres-
abonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahres-
abonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahres-
abo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, So-
zialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und an-
dere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

☐ 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

☐ Halb- ☐ Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

☐ Halb- ☐ Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

☐ Halb- ☐ Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

☐ Halb- ☐ Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruf-
lich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart